

Auf zu den Polen

Niedergang der Mitteparteien auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene ?

Grosse Seminararbeit
14. Oktober 2004

Patrick Imhof
Thunstrasse 44
3005 Bern
00-101-980
patrickimhof@student.unibe.ch

Matthias Forster
Wankdorfstrasse 1
3014 Bern
00-100-131
m.forster@bluewin.ch

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	3
Tabellenverzeichnis	3
1. Einleitung	1
2. Theorie	3
2.1 Das Links-Rechts-Schema	3
2.2 Parteiensysteme	4
2.2.1 Definitionen von Parteiensystemen	4
2.2.2 Auffassungen, was Parteien sind	6
2.2.3 Die Auswirkungen des Wahlsystems	6
2.2.4 Der Wandel des Parteiensystems	7
3. Nationale Entwicklung	7
3.1 Der Nationalrat	7
3.2 Das System der Parteien auf nationaler Ebene	8
3.2.1 Grosse Zahl von Parteien	8
3.2.2 Stabilität	9
3.3 Die Entwicklung der Zusammensetzung des Nationalrates	10
3.3.1 Die Parteien	10
3.3.2 Die Entwicklung der Blöcke	11
4. Kantonale Entwicklung	13
4.1 Daten und Variablen	16
4.2 Kritik	17
4.3 Ergebnisse	17
4.4 Fazit	20
5. Entwicklung auf kommunaler Ebene	20
5.1 Daten	22
5.2 Annahmen	23
5.3 Resultate	30
6. Fazit	42
7. Literatur- und Quellenverzeichnis	45

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Volatilität der Schweiz.....	10
Abbildung 2: Anteil der Bundesratsparteien an den Nationalratssitzen	11
Abbildung 3: Anteil an den Nationalratssitzen nach Blöcken (in %)	12
Abbildung 4: Kantonale Parlamentsanteile gesamtschweizerisch	18
Abbildung 5: Kantonale Parlamentsanteile in Kantonstyp 1 (Hegemoniale 2-Parteiensysteme)	19
Abbildung 6: Kantonale Parlamentsanteile in stark urbanen Kantonen	19
Abbildung 7: Ist Gemeindepolitik unpolitisch?	21
Abbildung 8: Mitgliederzahlen	32
Abbildung 9: Parlamentarier nach Sprachregion	35
Abbildung 10: Verluste von Gemeindepräsidien relativ zur Anzahl der Sektionen.....	36
Abbildung 11: Veränderungen der Gemeindepräsidien 1990 bis 2003.....	36
Abbildung 12: Verluste & Gewinne von Gemeindepräsidien relativ zur Anzahl der jeweiligen Sektionen nach Sprachregion	37
Abbildung 13: Verluste & Gewinne von Gemeindepräsidien relativ zur Anzahl der jeweiligen Sektionen nach Urbanitätsgrad.....	37
Abbildung 14: Einfluss der drei Blöcke auf kommunaler & kantonaler / nationaler Ebene ...	38
Abbildung 15: Einflussveränderung nach Kantonstyp.....	39
Abbildung 16: Veränderung des Anteils an Neugründungen 2002-1990 nach Sprachregion .	41
Abbildung 17: Veränderung des Anteils an Neugründungen 2002-1990 nach Konfession	42

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Typen von Parteiensystemen nach Sartori (in Nohlen 1989: 50).....	5
Tabelle 2: Veränderung Nationalratssitze.....	12
Tabelle 3: Typologie kantonaler Parteiensysteme nach Vatter (2002: 200).....	15
Tabelle 4 Korrelationen zwischen der Selbstverortung der kommunalen, kantonalen und nati- onalen Parteisektionen 2002.....	23
Tabelle 5: Macht ihre Partei einen Unterschied zwischen Mitglieder & Anhängerer?	26
Tabelle 6: Anzahl Lokalparteien geordnet nach Sprachraum (Prozentangabe in Klammern). 31	
Tabelle 7: Veränderung der Mitgliederzahlen, Anteil der Lokalparteien nach Sprache.....	32
Tabelle 8: Anteil an lokalen Exekutivsitzen (absolute Zahl in Klammern).....	33
Tabelle 9: Exekutivsitze nach Konfession	34
Tabelle 10: Neugründungen in den 12 Jahren vor 1990 respektive 2002.....	40

1. Einleitung

„Das Seil reisst in der Mitte“ - so titelte die Neue Zürcher Zeitung am 7. April 2003 in der Berichterstattung über kantonale Wahlen. Seit Jahren verlieren die heutigen Mitteparteien an Stärke. Demgegenüber erfreuen sich linke und rechte Parteien über wachsende Wählerstimmenzahlen. Diese Polarisierung des politischen Systems, indem der linke und der rechte Block gestärkt, die Mitte geschwächt wird, führt zu regen Diskussionen. Es wird gemahnt, ein wichtiges Element der schweizerischen Politik – die Konkordanz – werde durch den Kampf der Pole zerrieben (vgl. Mastronardi 2004). Weiter verfolgt man gespannt den Überlebenskampf der beiden traditionellen Parteien CVP und FDP.

Diese Analyse hat zum Ziel, die Entwicklung eines allfälligen Niedergangs der Mitteparteien auf allen drei Ebenen des politischen Systems zu untersuchen. Dazu stellt sie die drei Ebenen mit ihren Besonderheiten vor und überprüft die zentrale Fragestellung:

Kann eine Polarisierung des politischen Systems auf der nationalen, der kantonalen und der kommunalen Ebene nachgewiesen werden?

Das schweizerische politische System steht immer wieder im Zentrum von Untersuchungen. Mit der direkten Demokratie, dem Föderalismus und der Konkordanz stellt die Schweiz verschiedene interessante „Forschungsobjekte“ bereit. Aber auch bezüglich des Parteiensystems liefert das Land mit einer starken Fragmentierung, grosser Stabilität, vertikaler Segmentierung mit starker Verbreitung auf lokaler Ebene und der schwachen, nationalen Position zahlreiche Analysemöglichkeiten. In Bezug auf die Parteien auf der nationalen Ebene kann auf aktuellere Studien von Brändle (1999) und Armingeon (2003) aufmerksam gemacht werden. Die Kantone der Schweiz wurden von Vatter (2002) und Ladner (2003) umfassend analysiert. Die Ebene der Gemeinden ist die noch am wenigsten erforschte. Nebst Fallstudien gibt es kaum grössere, vergleichende Untersuchungen. Als Pionierwerk auf der untersten Ebene können zwei Umfragen bei den Präsidenten¹ der Schweizer Lokalparteien von 1990 und 2002 betrachtet werden. Geser et al. brachten mit einer umfangreichen Arbeit Licht in die noch wenig beleuchteten Parteisektionen (1994 und 2003). Grössere Publikationen zu den aktuellen Tendenzen im Parteiensystem sind ebenfalls rar, verwiesen werden kann auf einen noch nicht gedruckten Artikel von Ladner (2004c).

¹ Der Lesbarkeit halber wird in Fällen, wo keine sächliche Personenbezeichnung sinnvoll ist, die männliche Wortform verwendet.

Die Diskussion um die Bewegung in der Schweizer Parteienlandschaft geht dahin, dass zwei gegensätzliche Theorierichtungen aufeinander stossen und dementsprechend unterschiedliche Voraussagen machen. Auf der einen Seite die Theorie von Kirchheimer (1965), welcher den Parteien eine Entwicklung zu „catch all-parties“ voraussagte. Diese würde schlussendlich zwei Lager mit sich bringen, welche gegenseitig um den Medianwähler kämpften. Auf der anderen Seite die Theorie der „frozen party systems“ von Lipset/Rokkan (1967), welche für die Stabilität der Parteiensysteme Westeuropas einsteht.

Um Aussagen bezüglich der Veränderung von Blöcken im politischen Spektrum zu erhalten, wurden die in den Datensätzen enthaltenen Parteien in eines der drei politischen Lager (Links, Mitte, Rechts) verortet. Die Untersuchung befasst sich mit allen drei politischen Ebenen, wobei der grosse Teil auf die unterste Ebene, die Gemeinde, fällt. Auf nationaler Ebene wurden anhand der Parteistärken im Nationalrat die Anteilsveränderungen der drei Lager bis 1975 analysiert. Die kantonale Ebene wurde ebenfalls anhand der Legislativsitze zurück bis 1980 betrachtet, allerdings mit Fokus auf die Jahre seit 1990. Die allfällige Polarisierung der kommunalen Parteien wurde mit Hilfe der Daten aus den oben erwähnten Umfragen von Geser et al. (1990, 2002) überprüft. Dazu wurden verschiedene Variablen zur Kontrolle herangezogen. Sie sind im Kapitel 5 näher dargestellt. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird auf die Aufnahme aller generierter Tabellen und Abbildungen verzichtet, stattdessen werden nur ausgewählte Elemente in die schriftliche Fassung der Arbeit integriert.

Die 3-Ebenen-Analyse wird aufzeigen, dass durch alle Ebenen hindurch die Tendenz zu einer gemässigten, asymmetrischen Polarisierung gefunden werden kann, diese allerdings mit tieferer Ebene auch an Intensität und Eindeutigkeit verliert.

In einem ersten Teil wird auf die Links-Rechts-Skala, welche von zentraler Bedeutung für die Analyse ist, und Parteiensysteme im Allgemeinen eingegangen. Die nachfolgenden Kapitel beschäftigen sich mit den Parteien der nationalen Ebene (Kap. 3), den kantonalen Sektionen (Kap. 4) und den Parteien auf der Gemeindeebene (Kap. 5). Das letzte Kapitel steht für ein kurzes Fazit, welches die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung rekapituliert und mögliche Zukunftsszenarien für die Mitteparteien aufzeigt.

2. Theorie

2.1 *Das Links-Rechts-Schema*

Um vielschichtige Systeme analysieren zu können, muss ihre Komplexität reduziert werden. In Bezug auf politische Parteien wird dazu vor allem in Europa häufig die Links-Rechts-Betrachtung gewählt. Die Vereinfachung des politischen Spektrums auf eine Dimension schliesst an die dyadische Tradition in den Wissenschaften an.²

Ihren Ursprung findet die Links-Rechts-Achse in der französischen Nationalversammlung (vgl. Ladner/Brändle 2001). Die Sitzordnung, welche sich nach 1789 entwickelte, widerspiegelte die ideologischen Meinungen zwischen den Lagern der revolutionären („le côté gauche“) und der gemässigten, dem König freundlich gestimmten Abgeordneten („le côté droite“). Im Laufe der Zeit unterlag die Dimension Links-Rechts jedoch einem steten Wandel.³

Diese Veränderlichkeit und die zu stark reduzierte Abbildung des politischen Raums brachten der Links-Rechts-Perspektive immer wieder Kritik ein (vgl. Giddens 1997, Schaller 1994). So wurden denn auch immer wieder umfassendere Instrumente aufgeworfen. Inglehart (1979) schlägt die Verwendung einer Achse materialistisch-postmaterialistisch vor, Schaller (1994) gebraucht in der Auswertung der ersten Lokalparteienumfrage die zusätzliche Dimension grün-antigrün.⁴ In Bezug auf die Schweiz sieht Linder (1999) als weitere Möglichkeit die Unterscheidung zwischen Wahrung und Öffnung der Schweiz.

Trotz all der Kritik kann gesagt werden, dass sich die Links-Rechts-Klassifikation einer ungebrochenen Aktualität erfreut (Geser 2003). So konnten in den Umfragen 1990 und 2002 rund 98% der lokalen Parteipräsidenten ihre Partei auf der Links-Rechts-Achse verorten. Auf das Problem der ungenauen Definition von „links“ und „rechts“ kann gesagt werden, dass Untersuchungen von Fuchs/Klingemann (1990) über das Verständnis der Begriffe zum Schluss kamen, dass insgesamt nur eine beschränkte Anzahl von Bedeutungen in der Gesellschaft

² Wie beispielsweise in der Ökonomie mit der Unterscheidung „Markt-Plan“ oder „privat-öffentlich“ in den Rechtswissenschaften (Bobbio 1982).

³ So wurden im 19. Jahrhundert Anhänger marktwirtschaftlicher Theorien links angeordnet, während anfangs des 20. Jahrhunderts diese Richtung klar mit dem Sozialismus verbunden war.

⁴ Wobei er zum Schluss kommt, dass diese nicht unabhängig voneinander sind und die grün-antigrün-Achse im Vergleich weniger geeignet, da sie die Polarisierung (vor allem auf der Seite „antigrün“) weniger abbildet.

vorhanden sind. Aus diesen Gründen wird die Links-Rechts-Skala in dieser Analyse mit der gebotenen Vorsicht bei Äusserungen über ideologische Verortungen angewandt.

Das politische Spektrum wurde von der gebräuchlichen Einteilung von 1 (links) bis 10 (rechts) in die drei Blöcke Links, Mitte und Rechts geteilt.⁵ Anschliessend wurden die Parteien anhand von Schätzungen aus Studien⁶ den Blöcken zugeordnet.⁷

Kritisch muss dazu angefügt werden, dass eine generelle Verortung einer Mehrebenen-Partei der internen Parteivielfalt zu wenig gerecht wird. Trotzdem muss gesagt werden, dass alle untersuchten Parteisektionen übergeordnete kantonale und nationale Parteiebenen führen und sich diese über alle gleichen Sektionen gesehen ähnlich einstufen (vgl. Kapitel 5.1). Ein zweiter Kritikpunkt entsteht aus der Betrachtung einer Partei über längere Zeit. Die Konstanzhaltung ihrer ideologischen Positionierung in der Links-Rechts-Dimension ist eigentlich nicht zulässig. So galt die FDP lange als rechte Partei der Schweiz, während die SVP als gemässigte Partei zur Mitte gezählt wurde. Auf diesen Hinweis können zwei Argumente entgegnet werden:

1. Der fokussierte Zeitraum ist beschränkt und betrifft etwas mehr als zehn Jahre. Angesichts der Tatsache, dass das Schweizer Parteiensystem ausserordentlich stabil ist und Veränderungen nur gemässigt geschehen, sind die Verschiebungen nicht allzu gross.
2. Die Betrachtung erfolgt aus der heutigen Perspektive in der Annahme, dass sich das System auch in der nächsten Zukunft nicht ausserordentlich verändert. Langfristige Aussagen werden klar ausgeklammert.

2.2 *Parteisysteme*

2.2.1 Definitionen von Parteisystemen

Parteien verstehen wir als Organisationen, die nach Macht und Einfluss auf die Entscheidungen eines politischen Systems streben und dabei in Konkurrenz zu anderen Parteien stehen. Sie sind also Teil eines Systems: dem Parteiensystem.

⁵ Wobei die Begriffe wertneutral verwendet werden und keine pejorativen Konnotationen enthalten.

⁶ Für einen Vergleich verschiedener Studien siehe Ladner 2004c: 14. .

⁷ Als Grenzwerte wurden dabei 4.5 und 6.5 verwendet.

Nohlen und Schultze (1998: 463) definieren ein Parteiensystem als ein Gebilde, das „(...) von der Gesamtheit aller in ihm existierenden Parteien (...) konstituiert“ wird. Sie beschränken sich bei ihrer Definition auf die Gesamtheit der im System enthaltenen Akteure.

Schmidt (1995: 704) unterstreicht in seiner Definition den Aspekt der Interaktion. Er deutet den Begriff des Parteiensystems als einen „*Fachausdruck für die Gesamtheit der in einem politischen Gemeinwesen agierenden Parteien und die Regelmässigkeiten ihrer wechselseitigen Beziehungen*“. Er nimmt also direkt Bezug auf das Wahlverfahren und das Wahlsystem, welches die Abläufe im System regelt. „Eine Variable zur Erklärung der Organisations- und Funktionseigenschaften von Parteiensystemen stellt das Wahlsystem dar“ (Nohlen 1989: 44).

Parteiensysteme werden nach ihrer Struktur analysiert „anhand solcher Merkmale wie Anzahl, Grösse, Machtverteilung, Standort und strategische Konstellation der Parteien zueinander, was nicht ausschliesst, in dynamischer Hinsicht die Veränderungen dieser Merkmale für sich oder in Relation zueinander im Zeitablauf zu untersuchen und womöglich strukturell zu erklären“ (Wiesendahl in: Nohlen / Schultze 1998: 667).

Anfänglich konzentrierte sich die Forschung auf die Suche nach Ursachen für die unterschiedliche Zahl von Parteien in einem Parteiensystem. So wurde am Anfang zwischen *Einpartei*-, *Zweiparteien*- und *Mehrparteiensystem* unterschieden. Sartori (in Nohlen 1989: 49) begann schliesslich mehr Typen von Parteiensystemen zu unterscheiden. Seine Untersuchungen von Fragmentierung, Polarisierung und innerer Dynamik von Parteiensystemen brachten ihn zur Entwicklung der Merkmale von drei Parteiensystemtypen (siehe Tabelle 1).⁸

Tabelle 1: Typen von Parteiensystemen nach Sartori (in Nohlen 1989: 50)

Parteiensystem/ Fragmentierung	Polarisierungsgrad	Dynamik
Zweiparteiensystem	null	zentripetal
Mehrparteiensystem	gering	zentripetal
Vielparteiensystem	stark	zentrifugal

Auf kommunaler Ebene zeigte sich nach einer Erhebung von Ladner (2004: 43) etwa folgendes Bild: etwa 60% der Gemeinden haben eine bis vier Parteien, in gut 10% der Gemeinden streiten sich mehr als vier Parteien um die Wählergunst und in zirka 30% der Gemeinden fehlen die Parteien. Die politischen Parteien sind stark in den Gemeinden verankert und tragen damit zur Stabilität des Parteiensystems der Schweiz bei (Ladner 1997: 48).

⁸ Sartori zählt das Schweizer Parteiensystem zum gemässigten Pluralismus (in Nohlen 1989: 51).

Das einfache Modell von Sartori scheint einleuchtend und nachvollziehbar. Spätere Untersuchungen auch von Sartori selber stellen die enge Verknüpfung von Fragmentierung und Polarisierung jedoch in Frage (Nohlen 1989: 52).

2.2.2 *Auffassungen, was Parteien sind*

Auf lokaler Ebene buhlen etwa 5'500 Parteien um die Stimmen. Was sollen die Parteien? Wozu sind Parteien da?

Wiesendahl (1980: 184) definierte drei idealtypische Parteiparadigmen:

1. die integrationsparadigmatische Funktionsdefinition
2. die konkurrenzparadigmatische Funktionsdefinition
3. und die transmissionsparadigmatische Funktionsdefinition.

Erstere sieht die Aufgaben der Parteien darin, Alternativen zu reduzieren, Unterstützung zu mobilisieren, Pufferfunktionen wahrzunehmen, im Dienste der Stabilität des Systems für Integration, Legitimation und Innovation zu sorgen.

Aus konkurrenzparadigmatischer Sicht haben Parteien nur zwei Funktionen zu erfüllen: den Stimmenerwerb und die Interessenmakelung. Das politische System ist ein Markt, wo Parteien ihre Ideen und Ideologien dem Wähler zu verkaufen versucht. Der Wähler „bezahlt“ die Partei seiner Wahl mit seiner Stimme.

Die letzte Definition der Funktion von Parteien versteht die Aufgaben der Parteien so, dass diese bestimmte Interessen bestimmter Bevölkerungsgruppen vertreten. Sie unterstützen die Willensbildung, die Mobilisierung und Organisation und die Vertretung von Interessen.

2.2.3 *Die Auswirkungen des Wahlsystems*

Die Regelungen innerhalb eines politischen Wahlsystems haben zum Teil starken Einfluss auf das System selber. Die Einzelregelungen, die in Wahlsystemen getroffen werden, können in vier Bereiche unterteilt werden: die Wahlkreiseinteilung, die Wahlbewerbung, die Stimmgebung und die Stimmberechnung (Nohlen 1989: 59).

Bei der Verrechnung der Stimmen ist erst einmal zwischen den Entscheidungsregeln Majorz und Proporz zu unterscheiden. Beim Majorz geht es darum, eindeutige Mehrheitsverhältnisse zu begünstigen. Der Proporz hingegen strebt eine möglichst genaue Abbildung der Wählerstärke jeder Partei an. Kleine Parteien sind im Proporz im Vorteil. Die Auswirkungen der unterschiedlichen Wahlverfahren werden in der Schweiz durch den Einfluss der oben diskutierten Regelungen abgeschwächt oder durch Absprachen und freiwillige Zurückhaltung gemil-

dert. Die Behauptung, wonach das Majorzwahlrecht tendenziell zum Zweiparteien-System, der Proporz zur Ausbreitung von Mehrparteiensystemen führt (Duverger 1959: 232), scheint auf den ersten Blick für die Schweiz plausibel (Linder 1994: 82). Der Einfluss des Wahlrechts ist jedoch nicht zu überschätzen. Zusätzliche Einflussfaktoren für die Zahl von Parteien zeigen eine höhere Erklärungskraft (Nohlen 1989: 55ff).

2.2.4 *Der Wandel des Parteiensystems*

Verändert sich das System der Parteien? Und wenn ja, wie? Sind die gesellschaftlichen Konfliktlinien in Europa stabil und die politischen Landschaft relativ gleich geblieben? Die vier gesellschaftlichen Cleavages von Lipset und Rokkan (1967) scheinen nicht so festgefroren zu sein, wie einst angenommen und einzelne haben heute wohl kaum mehr die gleiche Bedeutung. Neue Trennlinien sind aufgetaucht und alte wurden überwunden. Vielleicht haben die Parteien zwar ihren Namen behalten, aber ihre Denk- und Handlungsweisen geändert (vgl. Ladner 2002: 36). Auch ist das Meinungsspektrum innerhalb der Parteien breiter geworden. Eine Entwicklung, die im Besonderen den Regierungsparteien zu schaffen macht (Année Politique 2004: 5). Der Wandel eines Parteiensystems kann durch seine Analyse nicht zufriedenstellend beantwortet werden. Der Wandel manifestiert sich vor allem auf der Ebene der einzelnen Bürgerin und des einzelnen Bürgers (Ladner 2004a: 47).

3. Nationale Entwicklung

Eigentliche gesamtschweizerische Wahlen gibt es nicht. Jeder Kanton wählt entsprechend der Anzahl seiner Einwohner eine bestimmte Zahl an Vertretern in den Nationalrat und jeweils zwei Vertreter in den Ständerat. Die Kantone sind die Wahlkreise. Nach Armingeon (1989) weist die Schweiz das europäische Parteiensystem mit der grössten Fragmentierung aus. Wir verfügen also über eine grosse Zahl an Parteien mit jeweils einem geringen Stimmenanteil. Die starke Fragmentierung wurde und wird begünstigt durch das Wahlsystem, den Föderalismus und die direkte Demokratie (Linder 1994: 82).

3.1 *Der Nationalrat*

Die 200 Parlamentarier und Parlamentarierinnen des Nationalrats werden alle vier Jahre von den Wahlberechtigten ihres Kantons gewählt. Das Parlament, also National- und Ständerat, ist

gemäss Verfassung die „oberste Gewalt des Bundes“⁹ (Bund 2004). Faktisch verlor das Parlament seine Vormachtsstellung gegenüber den anderen Institutionen (vor allem dem Bundesrat) im politischen System der Schweiz schon im vorletzten Jahrhundert (Linder 1994: 191). Die Nationalratswahlen werden heute durchwegs nach dem Proporzverfahren durchgeführt. Wie in Kapitel 2 erwähnt, erlaubt das Proporzwahl-System eine recht genaue Abbildung der Wählerstärken im schweizerischen Vielparteiensystem (vgl. Linder 1994: 197). Die Proporzwahl für den Nationalrat wurde per Volkinitiative im Jahr 1919 eingeführt und hatte dramatische Folgen: der Freisinn verlor fast die Hälfte, die Sozialdemokratie verdoppelte die Zahl ihrer Sitze. Die Einführung des Proporzwahlsystems auf nationaler Ebene hat massgeblich zur Stabilisierung des Schweizer Parteiensystems beigetragen (Ladner 2004: 4). Die Einzelheiten des Wahlverfahrens für den Nationalrat sind auf Bundesebene geregelt, die Regelung zur Bestellung des Ständerates obliegt dem kantonalen Recht. Bei der Wahl des Ständerats kommt in allen Kantonen die Majorzregel zur Anwendung. Der Kanton Jura bildet die einzige Ausnahme. Der Nationalrat erfüllt die Bedingungen für eine Untersuchung der Wahlerfolge der Parteien *auf nationaler Ebene*, aufgrund der oben erwähnten Punkte, um ein Vielfaches besser als der Ständerat.

3.2 Das System der Parteien auf nationaler Ebene

Das Parteiensystem der Schweiz zeichnet sich im internationalen Vergleich durch zwei Merkmale aus: Einerseits durch eine *grosse Zahl von Parteien*, die in der nationalen Politik mitmischen. Andererseits durch eine ausgesprochene *Stabilität* während der letzten knapp neunzig Jahre hinsichtlich der Stärke der einzelnen Parteien.

3.2.1 Grosse Zahl von Parteien

Aktuell sind 16 Parteien im Nationalrat vertreten. Vor der Einführung der Proporzwahl 1919 waren es gerade mal die FDP, CVP, SVP, SP, LPS und die EVP. Nach Sartori (1976) ist die Zahl der *effektiven* Parteien, solche die in Regierungskoalitionen aufgenommen werden oder ausreichend stark sind einen Regierungsentscheid umzustossen, um einiges geringer. Linder (1994: 81) jedoch relativiert die Bedeutung der Kriterien Sartoris und streicht in diesem Zusammenhang die Rolle der Volksbegehren hervor, die vor allem für die kleinen Parteien von grosser Wichtigkeit sind.

⁹ Bundesverfassung Art. 148 Abs. 1: Die Bundesversammlung übt unter Vorbehalt der Rechte von Volk und Ständen die oberste Gewalt im Bund aus.

Doch die starke Fragmentierung des Schweizerischen Parteiensystems zeigt sich nicht nur in der hohen Zahl unterschiedlicher Parteien. Von ebenso grosser Bedeutung sind die Heterogenität der Einzelparteien und die Unterschiedlichkeit der kantonalen Parteiensysteme, auf denen das nationale System beruht (Kriesi 1995: 133). Diese grosse Fragmentierung und Heterogenität gründet wahrscheinlich auf den in Kapitel 2.2 beschriebenen Sachverhalten.

3.2.2 *Stabilität*

Die Bundesratsparteien vereinten seit der Einführung des Proporzwahlsystems durchschnittlich 82% aller Wählerstimmen.¹⁰ Der durchschnittliche Anteil der (ehemals) grossen Bundesratsparteien, also FDP, CVP und SP beträgt zwischen 20 und 25%, derjenige der SVP 13.8%. Demgegenüber schafften es die anderen Parteien nie, mehr als 9.1% der Wählenden hinter sich zu vereinen.¹¹ Ende der 1960er-Jahre und in den 1980er-Jahren sank der Anteil aller Bundesratsparteien zusammen kurzfristig unter die 80%-Linie. Ansonsten vertraten die vier Parteien immer mehr als vier Fünftel der Wählenden.¹²

In international vergleichenden Studien wird die Stabilität eines Parteiensystems mit der Volatilität gemessen (Pedersen 1979). Die durchschnittliche Volatilität der Schweiz von 1920 bis 2003 beträgt 5.9.¹³ Dieser Wert liegt unter dem europäischen Mittel (Nohlen 1989: 93). Hohe Volatilitätswerte zeigen sich in den Jahren des zweiten Weltkrieges und mit dem Einsetzen der Wirtschaftskrise anfangs der 1970er-Jahre (vgl. Abbildung 1). Eine weitere Steigerung lässt sich Ende der achtziger Jahre beobachten – wahrscheinlich bedingt durch das Entstehen der Grünen und der Autopartei. Auch 1999 hat sich nochmals viel bewegt in der Wählergunst der Schweizerinnen und Schweizer.

¹⁰ Ganzer Abschnitt: Eigene Berechnung nach Angaben des Bundesamts für Statistik.

¹¹ 1967 wählten 9.1% für den LdU, die Grünen erreichten den grössten Wähleranteil von 7.6% bei den nationalen Wahlen von 2003.

¹² Bedingt durch den besonderen aussenpolitischen Kontext bilden die Wahlen von 1939 eine weitere Ausnahme. Die Bundesratsparteien umfassten damals nur 78.4% der Wähler.

¹³ Eigene Berechnung nach Angaben des Bundesamts für Statistik.

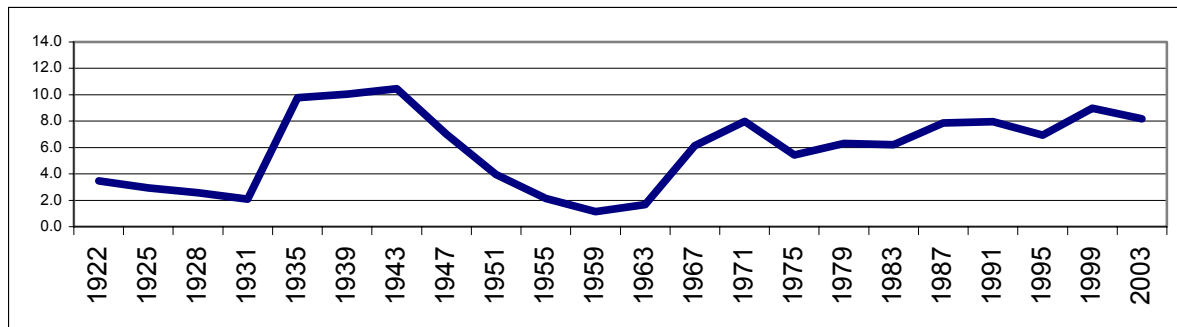


Abbildung 1: Volatilität der Schweiz¹⁴

3.3 Die Entwicklung der Zusammensetzung des Nationalrates

3.3.1 Die Parteien

Die Anteile der vier grössten Parteien sind in den letzten knapp neunzig Jahren überaus stabil geblieben. Die augenmerklichste und jüngste Entwicklung setzte mit den Wahlen von 1995 ein, als die *Schweizerische Volkspartei* zu einem ausserordentlichen Stimmenzuwachs ansetzte. Zählte sie 1991 mit 12% der Sitze im Nationalrat noch deutlich zur kleinsten Bundesratspartei, näherte sie sich nach den Wahlen von 1995 mit einem Anteil von 14.5% bereits bedrohlich der *CVP*, deren Anteil in den vergangenen Jahrzehnten stetig bis auf 17% gesunken war. Einen Erdrutschsieg erreichte auch die *SP*. Sie gewann 13 Sitze dazu, ein seit der Einführung des Proporzsystems 1919 einmaliges Ereignis für die Sozialdemokraten. Sie wurde damit seit 1979 zum ersten Mal wieder wählerstärkste Partei. Auf dem Niveau halten konnten sich, mit viel Proporzglück, die Freisinnigen. Verloren haben die kleinen Parteien wie Grüne, Liberale, Schweizer Demokraten, Freiheitspartei und EVP.

1999 überholte die SVP nicht nur um Längen die CVP, sie wurde mit 44 Sitzen und damit einem Anteil von 22% noch vor der FDP zur zweitstärksten Partei im Nationalrat. Die Schweizerische Volkspartei legte im Vergleich zur vorangegangenen Wahl um 15 Sitze oder 7.5 Prozentpunkte zu. Die Sozialdemokraten waren 1999 die einzige Partei, die der SVP weiterhin Paroli bieten konnte. Sie blieb trotz eines Sitzverlustes mit 25.5% Sitzanteil nach wie vor die stärkste Partei im Rat. Weiter verloren haben die FDP und die Liberalen. Ganz von der Bildfläche der nationalen Politik verschwunden ist die Freiheitspartei.

¹⁴ Volatilität nach Pedersen (1979): $TV = \sum_{i=1}^n \frac{|(v_{it} - v_{i(t+1)})|}{2}$, eigene Berechnungen

Klare Verlierer der Nationalratswahlen von 2003 sind die CVP und die FDP: Sie verloren jeweils 7 Sitze. Einen Sitz zulegen konnte die SP, wurde damit aber trotzdem von der SVP als stärkste Partei abgelöst. Diese gewann nämlich 11 Sitze dazu und ist nun mit 27.5 % um ganze 5.5 Prozentpunkte stärker als vier Jahre zuvor. Ebenfalls zulegen konnten die Grünen.

Zu den vier Bundesratsparteien lassen sich folgende Erkenntnisse festhalten:¹⁵

- FDP und CVP haben in der Zeit von 1991 bis heute stetig und bei den letzten Wahlen stark an Sitzen verloren. Man darf sie, über die letzten 14 Jahre hinweg betrachtet, als die grossen Verliererinnen bezeichnen.
- Die SP hat bei den Wahlen von 1995 stark zugelegt und war bis 2003 die sitzstärkste Partei im Nationalrat. Ihren Anteil hat sich etwa bei 25% stabilisiert.
- Die SVP konnte in den letzten 14 Jahren einen historischen Zuwachs verbuchen.

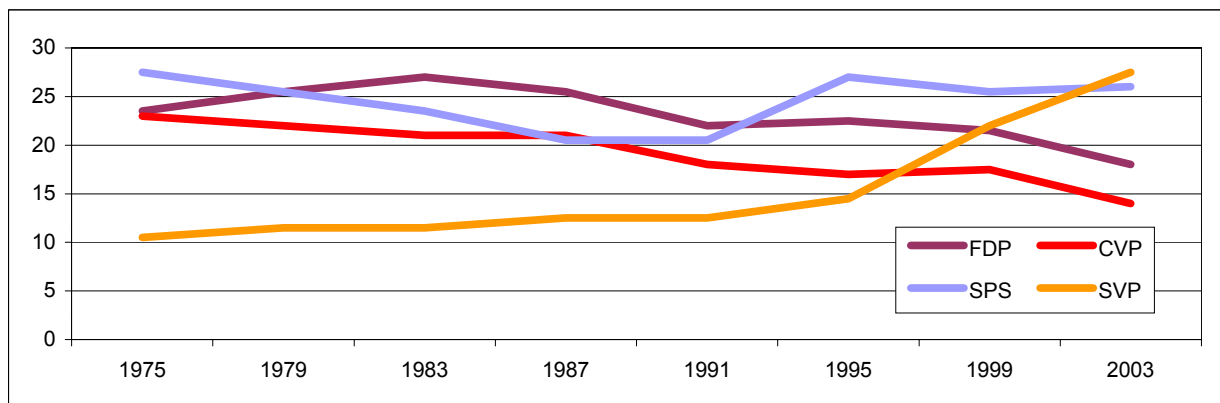


Abbildung 2: Anteil der Bundesratsparteien an den Nationalratssitzen

3.3.2 Die Entwicklung der Blöcke

Betrachtet man die Entwicklung der einzelnen Blöcke zeigt sich ein vergleichbares Bild (vgl. Abbildung 3).

¹⁵ Vergleiche dazu die Abbildung 2

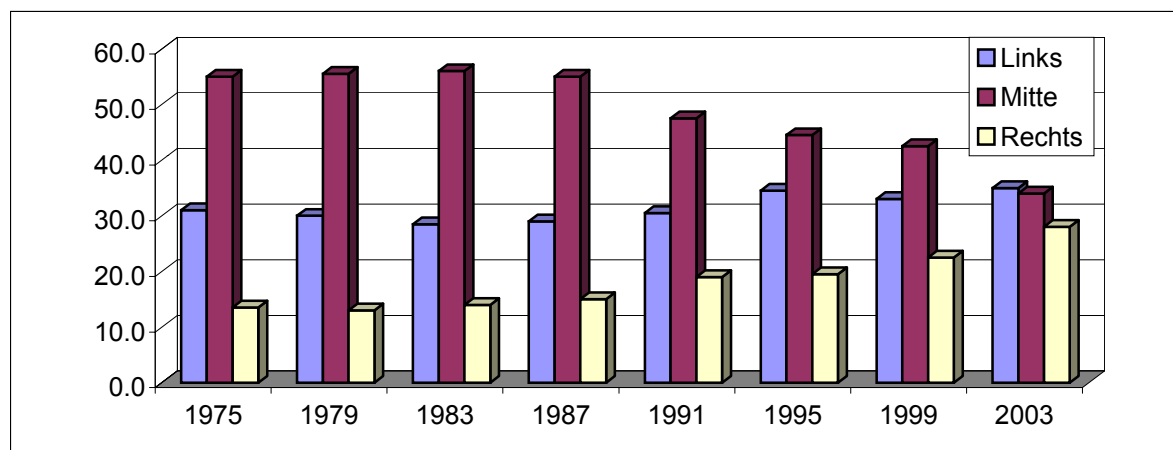


Abbildung 3: Anteil an den Nationalratssitzen nach Blöcken (in %)

Die Mitteparteien machten über einen langen Zeitraum die grösste Gruppe im Nationalrat aus. Bis Ende der 80er-Jahre hielten sie einen mehr als dreimal so grossen Anteil wie der rechte Block. In Abbildung 3 zeigt sich aber auch ihr steter Sitzverlust, der sich im – für unsere Untersuchung relevanten – Zeitraum noch verstärkt. Von 1975 bis anfangs der 90er-Jahre bleibt auch der Anteil des linken Blocks ziemlich konstant: er pendelt nur leicht um die 30%-Marke. Erst bei den Wahlen von 1995 machen die Linken einen grösseren Schritt und bauen ihren Sitzanteil auf über 34% aus. Wie in Tabelle 2 ersichtlich, fand der erste namhafte Sitzgewinn der Rechten 1991 statt (Zuwachs um 8 Nationalratssitze). Damit einher ging eine starke Abnahme der Sitze für die Parteien der Mitte. Quasi als Reaktion darauf folgte mit vierjähriger Verspätung der Erfolg des linken Blockes.

In den Wahlgängen von 1995 bis 2003 stieg der Anteil der Rechten nach einer Stagnation 1995 zunehmend. Die Mitte verlor weiterhin stark.

Tabelle 2: Veränderung Nationalratssitze¹⁶

	1979		1983		1987		1991		1995		1999		2003	
Rechts	-1	(-0.5)	+2	(+1)	+2	(+1)	+8	(+4)	+1	(+0.5)	+6	(+3)	+11	(+5.5)
Mitte	+1	(+0.5)	+1	(+0.5)	-2	(-1)	-15	(-7.5)	-6	(-3)	-4	(-2)	-17	(-8.5)
Links	-2	(-1)	-3	(-1.5)	+1	(+0.5)	+3	(+1.5)	+8	(+4)	-3	(-1.5)	+4	(+2)

Vergleicht man die Sitzzahlen analog den Berechnungen zu den Lokalparteien in den Jahren 1990 und 2003 zeigt sich ein gleiches Bild: Für den rechten Block sass 1990 30 Nationalräte in der grossen Kammer, 2003 56. Die Mitteparteien verloren im gleichen Zeitraum 42 Sitze und verfügten 2003 über nur noch 68 Parlamentarier. Die linken Parteien steigerten sich von

¹⁶ in Klammer Veränderung in Prozentpunkte

58 Sitzen im Jahr 1990 auf 70. Der rechte und der linke Flügel steigerte seinen Anteil somit um 47.4% bzw. um 14.8% und die Mitte verlor währenddessen 28.4% seiner Sitze.

Alles in allem kann aufgezeigt werden, dass die politische Landschaft polarisiert wird. Diese Entwicklung verläuft in den 1990ern allerdings nicht symmetrisch, da die Gewinne der Rechten höher ausfallen als diejenigen der Linken.

4. Kantonale Entwicklung

In diesem Kapitel geht es darum, zu untersuchen, ob sich die nationalrätlichen Entwicklungen auch auf der Kantonsebene bestätigen lassen. Dazu wird kurz auf die kantonalen Parteiensysteme eingegangen und die Entwicklung anhand der teilstaatlichen Parlamentssitze aufgezeigt.

Die Schweiz gilt als föderales Musterbeispiel, sowohl in qualitativer wie auch in quantitativer Hinsicht. Einerseits gibt es eine ziemlich klare Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, welche auch letzteren gewichtige Mitspracherechte und eigene Entscheidungsbefugnisse in verschiedensten Bereichen zubilligt.¹⁷ So sind die Kantone unter anderem für die Gebiete Polizei, Kirchen, Volksschule und Erziehung alleine zuständig. In Anderen Themen wie Landwirtschaft oder Steuern teilen sich Bund und Kantone die Kompetenzen, während in einer dritten Gruppe von Aufgabenbereichen der Bund der Bund die Gesetzgebung und die Kantone den Vollzug übernehmen, beispielsweise bei den Sozialversicherungen und dem Umweltschutz (Linder 1999: 138ff).

Damit stehen den Kantonen des schweizerischen Bundesstaats weit mehr Befugnisse zu als entsprechenden Teilstaaten anderer westlicher Demokratien.

Nebst dieser qualitativen Betrachtung ist der schweizerische Föderalismus aber auch in quantitativer Hinsicht eine Besonderheit: Auf die vergleichsweise kleine Landesfläche der Schweiz kommen 26 Teilstaaten, welche wiederum in eine höhere Anzahl von Bezirken und Gemeinden unterteilt werden kann. Diese Kantone sind von der Grösse und der Bevölkerungsdichte her äusserst verschieden.¹⁸ Aber auch bezüglich sozioökonomischer, wirtschaftlicher und politischer Strukturen sind die Teilstaaten in einem hohen Masse heterogen. Häufig

¹⁷ Art. 3 BV: Die Kantone sind souverän, soweit ihre Souveränität nicht durch die Bundesverfassung beschränkt ist; sie üben alle Rechte aus, die nicht dem Bund übertragen sind (Bund 2003).

¹⁸ So erstreckt sich der kleinste Kanton Basel-Stadt über eine Fläche von 37 km², während der grösste, Graubünden, über 7'105 km² Platz einnimmt. Den bevölkerungsärmsten Kanton bildet Appenzell Innerrhoden mit lediglich 15'000 Einwohnern, während im Kanton Zürich 1'228'600 Menschen leben (BfS 2004a).

fürten historische und geografische Gegebenheiten zur Herausbildung dieser Unterschiede (Blum 1978: 13).

Die Entwicklung der Schweiz, ihrer Kantone und der politischen Landschaft wurde massgeblich von den vier traditionellen Konfliktlinien geprägt (vgl. Lipset/Rokkan 1967):

Zentrum-Peripherie

Dieser Konflikt äussert sich nach Linder (1999) primär anhand der Sprachgebiete der Schweiz. Unterschiede entlang der Sprachgrenzen sind auch heute in der Gesellschaft erlebbar und bilden Inhalt heftiger Diskussionen. Der „Röstigraben“ und die damit einhergehenden kulturellen Unterschiede sind als Themen der Öffentlichkeit präsent – als jüngstes Beispiel können die Abstimmungen zur erleichterten Einbürgerung von Ausländern genannt werden, in welchem das Ja der französischen Schweiz von der deutschsprachigen Mehrheit überstimmt wurde.

Industrie-Land

In der Schweiz wurde diese Konfliktlinie primär durch den Gegensatz Stadt-Land geführt (Linder 1999). Sie hat über die Jahrzehnte durch das Wachsen der städtischen Ballungszentren und die starke politische Position der Landwirtschaft kaum an Konfliktpotential verloren.

Staat-Kirche

Immer wieder wurde in der Schweiz über die Bedeutung konfessioneller Unterschiede geschrieben (Lijphart 1979, Linder 1999). Trotz der abnehmenden Zahl von Kirchgängern und eingeschriebenen Kirchenmitgliedern hat auch diese Konfliktlinie ihr Potential noch nicht verloren (vgl. Geser 1997).

Unternehmer/Arbeiter

In den Anfängen des 20. Jahrhunderts prägten die Ideen des Klassenkampfes und die Politisierung der Arbeiterschaft das Aufkommen der Linken in der Schweiz. In der heutigen Zeit, mit dem Schwinden der Parteibindung scheint sich diese Kluft allerdings von der traditionellen Links-Rechts-Achse – zumindest teilweise – gelöst zu haben.

Diese Spannungslinien prägten die Weiterentwicklung der alten¹⁹ und das Entstehen der neuen kantonalen Parlamente in den letzten Jahrhunderten. Es existieren zahlreiche Versuche der *Typologisierung der 26 politischen Legislativen*, um die Komplexität des Systems zu reduzie-

¹⁹ Nach Zünd konstituierten sich erste Vorläufer der Grossen Räte bereits im 13. und 14. Jahrhundert (1955: 7).

ren und Vergleiche zu ermöglichen (vgl. Blum 1978, Faganini 1978, Klöti 1998). Vatter (2002) teilt die Kantone in 3 Gruppen (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Typologie kantonaler Parteiensysteme nach Vatter (2002: 200).

		Hegemoniales Zweiparteiensystem	Gemässigtetes Drei- bis Vierparteien- system	Ausgeprägtes Mehrparteien- system
Historisch dominierende Konfliktlinien	Fraktionalisierung	Tief (<2.7)	Mittel (>2.7 <4.2)	Hoch (>4.2)
	Polarisierung	Tief (<2.1)	Mittel (>2.1 <3.9)	Hoch (>3.9)
	Volatilität	Tief (<5.1)	Mittel (>5.1 <6.2)	Hoch (>6.2)
liberal-konservativ	Linke schwach (<15%)	OW, NW, SZ, UR, LU, VS, ZG		
verschiedene: liberal-konservativ, bürgerlich-bäuerlich, bürgerlich-sozialdemokratisch	Linke mittel (>15% <28%)		SG, TI, GL, SO, FR, GR, BE, JU, VD	
bürgerlich-sozialdemokratisch und weitere	Linke stark (>28%)			GE, ZH, BS, BL, SH, AG, TG, NE

fett: alle vier quantitativen Kriterien (Fraktionalisierung, Polarisierung, Volatilität, Stärke der Linksparteien) erfüllt.

nicht fett: drei von vier quantitativen Kriterien erfüllt.

Den Typus des hegemonialen Zweiparteiensystems findet man eher in katholisch geprägten Kantonen der Innerschweiz und dem Wallis. In diesen Kantonen hält die CVP eine gewisse Vormachtsstellung. Häufig bildet der Freisinn den Gegenpol. Der zweiten Typ, das gemässigte Drei- bis Vierparteiensystem, wird nicht von einer primären Konfliktlinie dominiert. So finden sich Vertreter in verschiedenen Landesteilen. Häufig haben die bürgerlichen Mehrheiten eine gemeinsame Vormachtsstellung. Der Typ des ausgeprägten Mehrparteiensystems ist typisch in flächenmässig kleineren, dafür eher bevölkerungsreichen Kantonen. Dominierend ist die Konfliktlinie zwischen bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien.

In den folgenden Abschnitten wird versucht, diese Konfliktlinien und Typologien einzubeziehen, da vermutet wird, dass sich die zu untersuchende Entwicklung – der Rückgang der Mitteparteien – nicht gleichmässig vollzieht.

4.1 *Daten und Variablen*

Zur Analyse werden die Daten von 24 kantonalen Parlamenten der Schweiz herangezogen (BfS 2004b).²⁰ In der Zeit von 1980 bis 2003 waren jeweils zwischen rund 140 und 170 Parteien in der Legislative der 24 Teilstaaten vertreten. Jährlich nahmen zwischen 2'817 und 2'888 Parlamentariern Einsitz in diesen Gremien. Die vertretenen Parteien wurden – analog der nationalen Ebene – in drei Lager geteilt: Links, Mitte und Rechts. Nicht verortbare Gruppierungen wurden als Übrige klassiert und für die Berechnungen nicht in die Grundgesamtheit aufgenommen.²¹ Unterschiedliche Wahlsysteme und daraus resultierende nicht übereinstimmende Wahljahre verunmöglichen eine direkte Gegenüberstellung der Kantone. Aus diesem Grund wurde für sämtliche Jahre seit 1980 der Anteil der Parteien in jedem Kantonsparlament berechnet. Dies ermöglicht den direkten Vergleich.

Die Anteile wurden in einem ersten Schritt gesamtschweizerisch zusammengefügt. Dieses Vorgehen stellt die gesamthafte Grundtendenz der kumulierten Kantonsparlamente dar. Aus den erwähnten Gründen der starken Heterogenität der schweizerischen Teilstaaten wurden zudem differenzierende Analysen vorgenommen. Diese untersuchten die Veränderungen nach:

- *Sprachregion*: Dabei wurden mangels genügender Anzahl italienischsprachiger Kantone die französischsprachigen Teilstaaten und der Kanton Tessin in eine Kategorie, die lateinischsprachigen Kantone, zusammengeführt. Die gemischtsprachigen Kantone Wallis und Freiburg wurden dabei der französischsprachigen Gruppe zugeteilt, während der Kanton Bern den deutschsprachigen Kantonen zugeordnet wurde. Dies entsprechend der Praxis des Bundesamts für Statistik.
- *Kantonstyp*: Entsprechend der Aufteilung von Vatter (2002) wurden die kantonalen Parlamente nach den drei Typen untersucht (vgl. Tabelle 3).
- *Urbanitätsgrad*: Die Kantone der Schweiz wurden aufgrund der Bevölkerungsdichte des Teilstaats in die Kategorien rural, urban und stark urban geteilt.²² Grenzwerte waren dabei eine Dichte von maximal 120 Einwohnern pro Quadratkilometer, 300

²⁰ Dabei wurden die Parlamente der beiden Appenzell nicht eingeschlossen.

²¹ In die Kategorie „Übrige“ entfallen im Mittel nur 1.2 % der Mitglieder in den kantonalen Parlamenten.

²² Zur Kategorie der ruralen Kantone zählen GL, GR, JU, OW, TI und VS. Als stark urban werden die Gebiete AG, BL, BS, GE, SO, ZG und ZH betrachtet. Die übrigen Kantone gelten als urban.

Einw./km² und für die letzte Kategorie mehr als 300 Einw./km². Eine Klassifizierung über die landwirtschaftliche Nutzfläche ähnlich wie im Kapitel 5 über die Gemeinden musste verworfen werden, da selbst stark urbane Kantone wie beispielsweise Genf über einen hohen Anteil an landwirtschaftlicher Nutzfläche verfügen können.

- *Konfession*: Die Kantone wurden in zwei Gruppen geteilt – katholische²³ und protestantische Teilstaaten. Als Schwellenwert diente dazu ein Anteil von mehr als 50% einer Konfessionsgruppe. Eine Aufteilung in drei Gruppen (vgl. Forster et al. 2002, Gesser 1997) – damit wäre die Kategorie „gemischte Kantone“ entstanden – musste verworfen werden, da bereits kleine Gruppe der katholischen Kantone weiter dezimiert hätte und sich nur aus diesen Abwanderungen konstituiert hätte.

4.2 Kritik

Es müssen zwei kritische Bemerkungen zum Vorgehen angefügt werden:

- Proporzwahl/Majorzwahl: Nicht alle Kantone wählen ihre Parlamente im Rahmen einer Proporzwahl. Die Kantone Graubünden, Appenzell Ausserrhoden und Innerrhoden wenden bei der Bestimmung des Kantonsparlaments das Majorzprinzip an. Entschärfend kann hier angefügt werden, dass die beiden letzteren Teilstaaten nicht in die Analyse mit einbezogen wurden.
- Parteiliche Veränderungen: Eine historische Analyse ist gefährlich, wenn die Annahme getroffen wird, Parteien seien konstant in ihrer ideologischen Positionierung auf der Links-Rechts-Achse. Wie im Kapitel 2 dargestellt galt die FDP lange nicht als Partei der Mitte und es existierten grüne Bewegungen auf der bürgerlichen Seite, welche nicht ins klassische Links-Rechts-Schema passten. Darum wird bei der Interpretation der Ergebnisse das Augenmerk hauptsächlich auf der Zeit seit 1990 liegen.

4.3 Ergebnisse

1990 besaßen die Parteien der Mitte noch einen Anteil von 61.6% (Abbildung 4). Dieser schrumpfte im Verlauf der nächsten 13 Jahre um 10 Prozentpunkte auf 51.6%. Betrachtet man die Verteilung der Mitte-Verluste auf die Linke und Rechte, muss allerdings ergänzt werden, dass diese höchst ungleichmässig abgegeben wurden: So hat die Rechte in der gleichen Zeit

²³ Dazu gehören die Kantone AG, GE, LU, TI und VS.

8.2 Anteilsprozente dazu gewonnen, während die Linke lediglich einen Zuwachs von 1.8 Anteilsprozenten zu verzeichnen hat.

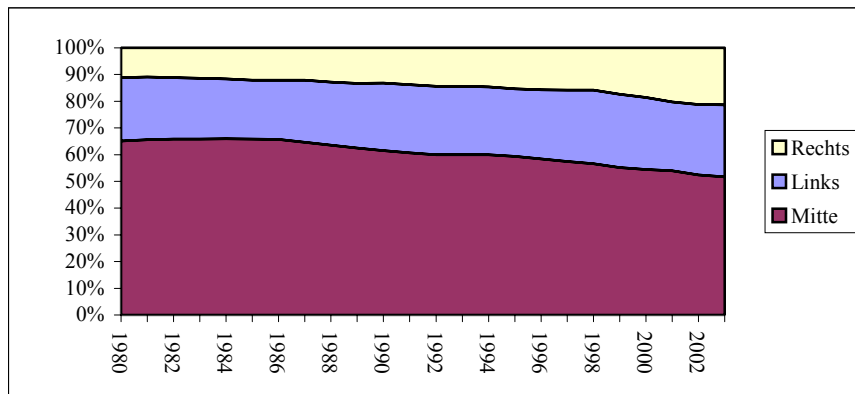


Abbildung 4: Kantonale Parlamentsanteile gesamtschweizerisch

Die Unterscheidung nach der *Sprachregion* zeigt auf, dass die Verluste der Mitteparteien zwischen 1990 und 2003 in der deutschen Schweiz deutlich höher waren: -12.2 Prozentpunkte gegenüber 7.2 Prozentpunkten in der lateinischen Schweiz. Auch die Verteilung auf die beiden Pole vollzog sich nicht gleich: In der deutschen Schweiz ähnelt das Bild dem Geschehen über alle kantonalen Parlamente, d.h. die Linke erzielte nur geringe Gewinne, während die Rechte ihren Anteil stark vergrössern konnte (9.9%). In der lateinischen Schweiz waren die Blockstärken deutlich stabiler, Verluste der Mitte wurden gleichmässig auf die Pole verteilt.

Die Differenzierung nach den drei beschriebenen *Kantonstypen* in den Jahren 1990-2003 zeigt überall Verluste der Mitteparteien auf. Diese allerdings in unterschiedlichem Ausmass: Während die Mitte in den Typen 2 und 3 bloss 7.7 respektive 8.2 Prozentpunkte verlor, beträgt der Verlust in Typ 1 beträchtliche 15.7 Prozentpunkte (Abbildung 5).²⁴ Allen drei Typen gemein ist, dass die Gewinne deutlicher an die rechte Seite gingen.

²⁴ Es darf nicht vergessen werden, dass in letzterer Gruppe lediglich deutschsprachige Kantone vertreten sind und hier eine Korrelation zur Differenzierung nach Sprachregionen besteht.

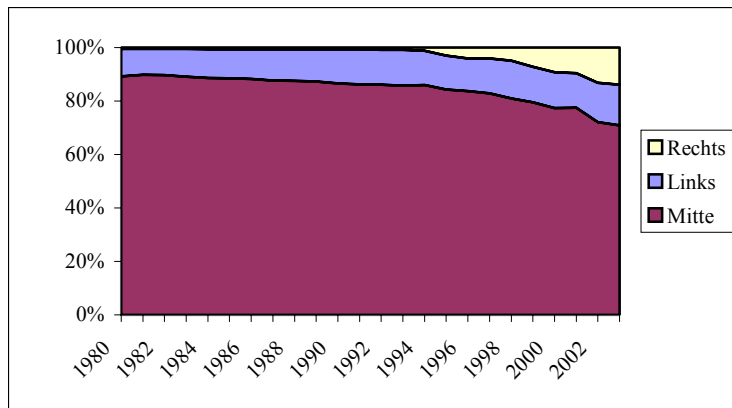


Abbildung 5: Kantonale Parlamentsanteile in Kantonstyp 1 (Hegemoniale 2-Parteiensysteme)

Die Verluste der Mitte nach dem *Urbanitätsgrad* differieren geringer als in den bisherigen untersuchten Merkmalen. In allen drei Regionen verlor die Mitte zwischen 7.7 und 11.8 Prozentpunkten. Grosse Unterschiede bestehen allerdings wiederum dabei, wie die beiden Pole davon profitieren konnten: Während die Linke in den ruralen Gebieten Anteile von knapp 5 Prozentpunkten gewann und dort die Gewinne der Rechten überflügelte (3 Prozentpunkte), konnten die rechten Parteien in den urbanen und stark urbanen Gebieten den Grossteil der Verlustsitze der Mitte übernehmen (im urbanen Gebiet 8.2 von 9.8 Prozentpunkten und im stark urbanen Gebiet gar 11.5 von 11.8 Prozentpunkten, vgl. Abbildung 6).

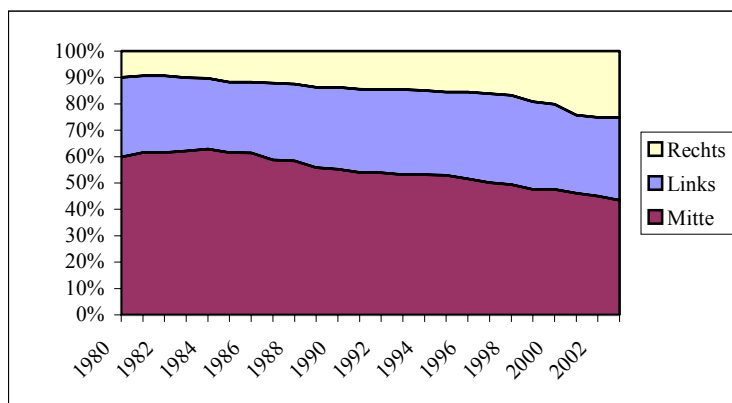


Abbildung 6: Kantonale Parlamentsanteile in stark urbanen Kantonen

Betrachtet man die Entwicklung unter Einbezug konfessioneller Kriterien bestätigt sich das Bild der verlierenden Mitte sowohl in katholischen als auch in protestantischen Regionen. Die Verluste der Mitte sind allerdings in den katholischen Gebieten mit 12.5 Prozentpunkten höher als in den protestantischen (9 Prozentpunkte). Die grössten Gewinne gehen in den katholischen Gebieten an die Rechte, wo diese sich über einen Zuwachs von 11.7 Prozentpunkten erfreuen konnte.

4.4 *Fazit*

Mit diesen Resultaten wird der erhebliche Verlust der Mitteparteien auf Ebene der kantonalen Parlamente bestätigt. Dies entspricht der These der Polarisierung, welche national festgestellt werden konnte. Stark unterschiedliche Verläufe können anhand der Kriterien Sprachregion, Kantonstyp und Urbanitätsgrad aufgezeigt werden. Demgegenüber scheint die dominierende Konfession eines Kantones kaum eine Rolle zu spielen.

Es gilt weiter anzufügen, dass die Verluste der Mitte mehrheitlich zugunsten der rechten Parteien geschahen. Man muss auf kantonaler Ebene also von einer asymmetrischen Polarisierung zugunsten der Rechten sprechen.

5. **Entwicklung auf kommunaler Ebene**

Schweizweit existiert eine Vielzahl von Gemeinden, am Ende des Jahres 2000 wurden rund 2900 Gemeinden gezählt (Ladner 2004b). In den meisten Gemeinden bestehen kommunale Parteien. Geser geht 1990 von ca. 5'500 Lokalparteien aus (1992). Aufgrund der Ergebnisse der Umfragen bei den Präsidenten der Lokalparteien kann hier von einem Rückgang bis 2004 ausgegangen werden. Die kommunalen Gruppierungen haben häufig nur wenig Personal und finanzielle Mittel zur Verfügung, besitzen insgesamt aber dennoch über einen gewichtigen Einfluss auf die lokale und überlokale Politik. Trotzdem bilden kommunale Parteien selten Inhalt der Parteienforschung und können darum nicht nur „unter dem Blickwinkel der Politik- und Sozialwissenschaft, sondern auch aus der Sicht der überlokalen Parteien zur ‚terra incognita‘“ (ibid.: 10) gezählt werden.

Nachdem in den Kapiteln 3 und 4 die Entwicklung der politischen Landkarte auf nationaler und kantonaler Ebene betrachtet wurde, geht es in diesem Abschnitt darum, zu überprüfen, inwieweit sich deren Ergebnisse und Tendenzen auf die unterste formale Ebene übertragen lassen. Oder kurz: Kann die Entwicklung einer zunehmenden Polarisierung auch auf Ebene der Gemeinden beobachtet werden? Dabei stellt sich die Frage, inwieweit solche Entwicklungen überhaupt analog zu überprüfen sind. Es stellen sich verschiedene Probleme:

- Kann Gemeindepolitik überhaupt auf einer Links-Rechts-Skala abgebildet werden?

Politik auf Gemeindeebene bewegt sich häufig auf der Ebene von Persönlichkeiten und konkreter Sachpolitik. Demgegenüber gerät die ideologische Auseinandersetzung um politische Programme auf der kommunalen Ebene zu kurz. Aus den Befragungen bei den lokalen Parteieliten 1990 und 2002 wird ersichtlich, dass mehr als die Hälfte der lokalen Parteipräsidenten diese Ansicht teilen (vgl. Abbildung 7).

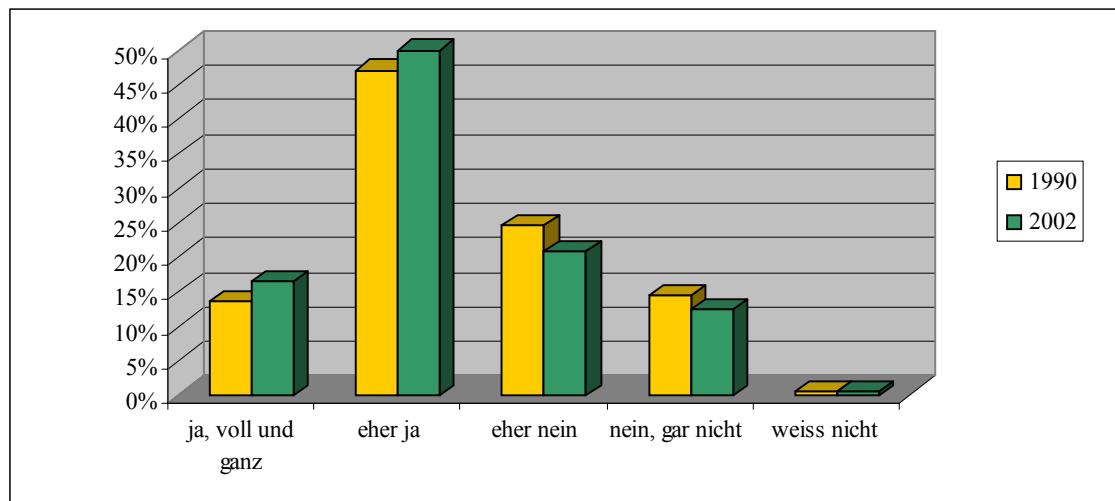


Abbildung 7: Ist Gemeindepolitik unpolitisch?²⁵

Die gegenteilige Ansicht wächst allerdings in Zusammenhang mit Gemeindegrösse, politischer Orientierung und Parteizugehörigkeit – das heisst: je grösser die Gemeinde, je linker die politische Orientierung der Person (auf der Links-Rechts-Achse) und je linker die Partei (auf der Links-Rechts-Achse), desto stärker wird auch Gemeindepolitik als politische Auseinandersetzung betrachtet (Schaller 1994: 121ff).

Weitere Gründe dafür, ideologische Politikauseinandersetzungen auch auf Gemeindeebene zu untersuchen, ergeben sich aus den Tatsachen, dass Parteien auch auf kommunaler Ebene zu den zentralen Akteuren gehören (Ladner 1991) und dass vermehrt politische Gemeindepolitik Einzug in die Gemeindeagenda hält, beispielsweise im Rahmen von Verkehrs-, Bau- und Umweltproblemen (Schaller 1994).

- Existieren vergleichbare Indikatoren?

National und kantonale bestehen Parlamente, welche zumeist im Proporz durch das Volk bestimmt werden. Dies ermöglicht Vergleiche innerhalb und zwischen diesen Ebenen. Auf kommunaler Ebene sind Parlamente allerdings eher eine Ausnahme (Vergleiche Kapitel 5.2), zudem existieren mit Ausnahme der beiden Umfragen kaum umfassende und konsolidierte Daten zu den Gemeinden und ihren Parteien. Deshalb muss auf andere Indikatoren zurückgegriffen werden. Dies erschwert eine direkte Gegenüberstellung der Ergebnisse auf quantitativer Basis.

²⁵ Antworten auf die Frage „Oft wird behauptet, dass es sich bei Gemeindeangelegenheiten in der Regel um unpolitische Fragen handelt, bei denen es darum geht, sachgerechte Lösungen zu finden. Würde in Ihrer Ortspartei dieser Ansicht zugestimmt?“

5.1 Daten

Als Datengrundlagen dienen die Ergebnisse aus den Untersuchungen von Geser/Ladner/Schaller/ Ballmer-Cao (1990) und Geser/Ladner/Meuli/Schaller (2002). In zwei Erhebungswellen (1990 und 2002) wurden dabei die Präsidenten der lokalen Parteiorganisationen schriftlich befragt. Vorangegangen waren jeweils postale Erhebungen bei den Gemeindegliedern. Den Parteipräsidenten wurden Fragen zu verschiedensten Themen gestellt. In circa 70 Fragebereichen äusserte sich die lokale Partielite zur politischen Orientierung, Anhängerschaft, Organisation, kommunalpolitischen Stellung, Parteivertretung in der Gemeindeexekutive, überlokalen Einbindung, zum Verhältnis zu anderen Parteien, zu den Aktiven, Partei-Finanzen, Meinungsverschiedenheiten, Aktivitäten, Wahlgeschäften und zu den öffentlichen Mandaten der jeweiligen Ortspartei. Die Antworten aus diesen Fragen wurden mit weiteren Angaben der Gemeindeglieder, sowie sozioökonomischen und soziogeografischen Daten ergänzt.

Aus den beiden Befragungen der Präsidenten der Gemeindeglieder sind jeweils rund 2600 Datensätze entstanden, welche für die vorliegende Untersuchung auf zwei Arten genutzt werden: Einmal in Form eines Paneldatensatzes, in welchem diejenigen Parteien aufgenommen wurden, die 1990 und 2002 an der Befragung teilgenommen hatten (N = 1052). Damit können Veränderungen auf der Mikroebene verfolgt werden. Allerdings ist dieser Datensatz wenig geeignet, um Veränderungen auf der Makroebene, z.B. die gesamte Anzahl von Parteien oder das Aufkommen neuer Parteien, aufzuzeigen. Darum wird für gewisse Analysen ein kumulierter Datensatz, welcher die beiden Befragungen vereint, verwendet.

Wie bereits in Kapitel 4 dargelegt, wurden nur Sektionen von Parteien in die Untersuchung einbezogen, welche gesamtschweizerisch klar im Links-Rechts-Schema eingeordnet werden können.²⁶ Die ausgewählten Parteien wurden analog in drei politische Lager Links, Mitte und Rechts geteilt. Dieses Vorgehen kann auf Gemeindeebene noch stärker kritisiert werden: Die kommunalen Sektionen weisen teilweise beträchtliche Unterschiede in ihrer Selbstverortung auf. So ist es möglich, dass beispielsweise Parteipräsidenten der SVP ihre Sektion selber in der Mitte oder gar links auf der Links-Rechts-Achse zuordnen oder sich eine grüne Parteisektion in der Mitte des Spektrums verortet. Kommunale Gegebenheiten wie beispielsweise Par-

²⁶ Dazu gehören bei der Untersuchung der Lokalparteien FDP, CVP, CSP, SVP, SP, EVP, LPS, GPS, GBS, PdA, EDU, SD, Lega, JFDP, JSVP und Juso. Die kursiv gedruckten Parteien sind nur im gepoolten Datensatz von 1990 und 2003 enthalten.

teikonstellationen, parteigeschichtliche Entwicklungen sowie die Problematik der Selbstverortung durch den Sektionspräsidenten²⁷ wirken hier derart, dass der politische Ausschnitt kein genaues verkleinertes Abbild der nationalen oder kantonalen Parteienlandschaft ergibt. Dazu kommt, dass die zunehmende Anzahl von Ortsparteien, freien Listen und von Parteien unabhängig Kandidierende nicht in die Grundgesamtheit aufgenommen werden.

Trotzdem ist eine Transformation der Einteilungskriterien für die Blöcke auf verschiedene Ebenen zulässig, da eine starke ideologische Interdependenz zwischen den verschiedenen politischen Ebenen besteht. Korrelationsanalysen zeigen auf, dass die benachbarten Ebenen (national/kantonal, beziehungsweise kantonal/kommunal) sehr stark voneinander abhängen, aber auch ein starker Zusammenhang zwischen der nationalen und kommunalen Ebene nachgewiesen werden kann (Tabelle 4). Dies kann als Bestätigung für die Auswahl- und Gruppierungskriterien betrachtet werden und gesamthaft gesehen sogar für klarere Ergebnisse sorgen²⁸.

Tabelle 4 Korrelationen zwischen der Selbstverortung der kommunalen, kantonalen und nationalen Parteisektionen 2002

		Li-Re-Situierung Ortspartei	Li-Re-Situierung kantonale Partei	Li-Re-Situierung nationale Partei
Li-Re-Situierung Ortspartei	Pearson Korrelation	1	0.874**	0.821**
	N =	2505	2304	2278
Li-Re-Situierung kantonale Partei	Pearson Korrelation	0.874**	1	0.897**
	N =	2304	2310	2274
Li-Re-Situierung nationale Partei	Pearson Korrelation	0.821**	0.897**	1
	N =	2278	2274	2287

** Korrelation signifikant auf dem 0.01-Niveau

5.2 Annahmen

Ausgangspunkt der Arbeit sind 7 Annahmen, welche auf quantitative politische Entwicklungen der Parteiblöcke Bezug nehmen. Diese Annahmen werden in einem ersten Teilschritt ge-

²⁷ Kritisch muss gefragt werden: Ist er in der Lage, seine Sektion auf der Links-Rechts-Achse zu verorten? Kennt er das Links-Rechts-Schema genug?

²⁸ Damit entfallen allerdings Aussagen über einzelne Lokalparteien oder kleinere Gruppierungen. Weshalb tiefe Fallzahlen (N<20) nicht in die Analysen eingeschlossen und in Grafiken nicht markiert werden.

samtschweizerisch überprüft. In einem zweiten Teilschritt werden die einzelnen Annahmen anhand der bereits in Kapitel 4 erwähnten Konfliktlinien und Ordnungskriterien detaillierter betrachtet. Die ungleiche Datenlage verunmöglicht eine analoge Untersuchung, deshalb müssen bei der Operationalisierung veränderte Kriterien zu Hilfe genommen werden:

- Sprachregionale Unterschiede

Dieses Kriterium wird unverändert gehandhabt. Es wird zwischen deutschsprachigen und lateinischsprachigen Gemeinden unterschieden.

- Typologisierung der Legislativen

Auf eine eigene Typologisierung der Parteiensysteme wurde verzichtet. Stattdessen werden die Kantonstypen von Vatter (vgl. Tabelle 3) als Ersatzkriterium für die Parteikonstellationen auf Gemeindeebene verwendet, da vermutet wird, dass gewisse parteipolitische Muster regional verdichtet vorkommen.

- Urbanitätsgrad

Anders als in den bisherigen Analysen auf nationaler und kantonaler Ebene (Kriterium der Bevölkerungsdichte) wird diese Variable mit dem Anteil des primären Sektors in der Gemeinde erhoben. Dazu wurden die Angaben der Gemeindeschreiber zu prozentualen Anteilen des Primärsektors in der Gemeinde in drei Klassen geteilt: tiefer Anteil (0 bis 5%), mittlerer Anteil (5.1 bis 10%) und hoher Anteil (10.1 bis 60%²⁹)

- Konfessionelle Unterschiede

Hier kann die 50 Prozent-Regel aus dem Kapitel 4 angewendet werden.

Annahme 1: Häufigkeit der Lokalsektionen

Die Lokalsektionen der Mitteparteien sind 2002 weniger geworden als 1990. Dies zeigt sich auch in den Stichproben.

Im Datensatz von 2002 ist der Anteil der Mitteparteien an der Gesamtzahl aller Lokalparteien kleiner als im Datensatz von 1990.

Um die Häufigkeit von Lokalparteien zum Zeitpunkt der jeweiligen Erhebung berechnen zu können, durfte nicht auf den Paneldatensatz zurückgegriffen werden. Stattdessen wurden die

²⁹ Der Maximalwert des Anteils des primären Sektors einer Gemeinde betrug in den Daten knapp 60%.

zwei unabhängigen Datensätze (1990 und 2002) untersucht und die Zahl der Parteien ausgerechnet.

Methodisch sind bei diesem Vorgehen gewichtige Kritikpunkte anzubringen. Da es sich bei den Datensätzen von 1990 und 2002 um zwei unterschiedliche und weitgehend unabhängige Stichproben handelt, ist eine Analyse der Entwicklung nur bedingt möglich. Im Datensatz von 1990 sind gut 2'600, in demjenigen von 2002 gut 2'500 Lokalparteien enthalten. Etwas über 1'000 davon kommen in beiden Sätzen vor. Da Stichprobenfehler die Resultate erheblich verändern können, sind die Ergebnisse mit Vorsicht zu geniessen. Abgesehen davon lässt sich aber aus den Berechnungen zumindest eine allgemeine Tendenz untermauern und Befunde aus den nachfolgenden Untersuchungen bestätigen.

Annahme 2: Mitgliederzahl

Ausgehend von der Annahme, dass die Mitteparteien an den Wahlen zu Gunsten des linken und des rechten Blockes Niederlagen erleiden mussten, nehmen wir an, dass sich der Misserfolg des Mitteblockes auch in der Anzahl der Mitglieder zeigt. Wir untersuchen daher folgende Annahme:

Die Mitgliederzahl der Mitteparteien haben sich im zwischen 1990 und 2002 Vergleich zu den Polen negativer entwickelt.

Wir untersuchen den Erfolg der Parteien bei den Mitgliedern auf zwei unterschiedliche Arten: Erstens über die absolute Zahl der Mitglieder, zweitens über die Zahl der Lokalsektionen mit Mitgliederzuwachs bzw. -schwund. Welcher Block weist also die höchste Zahl der erfolgreichen Parteien aus?³⁰ In welchem Block sind die meisten Parteien zu finden, die heute weniger Mitglieder haben als vor 13 Jahren? Um die tatsächliche Entwicklung über den Zeitraum von 1990 bis 2002 untersuchen zu können, bedienen wir uns dabei dem Paneldatensatz.

Die Bevölkerung der Schweiz fühlt sich je länger desto weniger einer Partei verbunden, die Parteibindung lässt nach (Longchamp 1994: 74). Es gilt festzustellen, ob der Verlust in den Parteien des Mitteblocks stärker ist als derjenige der Polen.

Bei der Analyse der Mitgliederzahlen ist eine wichtige Tatsache zu berücksichtigen: Nicht alle Parteien und schon gar nicht alle Lokalparteien kennen ein explizites Mitgliederprinzip. Nur schon die bloße Definition des Mitgliederstatus' scheint nicht einfach zu sein (Zimmer-

³⁰ Erfolgreiche Parteien sind solche, die ihre Mitgliederzahl in der Vergleichsperiode steigern konnten.

mann 2002: Kapitel 2.3). Oftmals lässt sich die Grösse der einzelnen Parteien nicht genau beziffern (Schaller 1994: 40). Im für die Untersuchung beigezogenen Datensatz machen jedoch 99.1% aller Lokalparteien Angaben über die Zahl ihrer Mitglieder. Aber etwa ein Drittel gibt an, nicht zwischen Mitgliedschaft und Anhängerschaft zu unterscheiden. Tabelle 5 zeigt dazu eine Übersicht nach den wichtigsten Parteien geordnet.

Tabelle 5: Macht ihre Partei einen Unterschied zwischen Mitglieder & Anhängern?³¹

	nein	ja
FDP	40.0 %	60.0 %
CVP	55.6 %	44.4 %
SP	13.1 %	86.9 %
SVP	33.3 %	66.7 %
GPS	27.8 %	72.2 %
EVP	7.7 %	92.3 %
LPS	59.1 %	40.9 %

Auch hier wird eine Betrachtung nach Sprachregion, Kantonstyp, Urbanitätsgrad und Konfession interessante Befunde liefern.

Annahme 3: Anteil an der Exekutive

Auf lokaler Ebene ist die exekutive Ebene nicht nur für den Politikoutput, sondern auch für den Input besorgt (Ladner / Schaller 1994: 92). Sie spielt also eine zentrale Rolle im politischen Alltag der Gemeinde. Kann eine Lokalpartei ihren Vertreter in die Exekutive schicken, so zeugt das von einer gewissen Wichtigkeit der Partei innerhalb der Gemeinde. Um den Erfolg beziehungsweise Misserfolg jedes einzelnen der drei Blöcke zu messen, scheint eine Betrachtung der Zahl der Exekutivmitglieder nahe liegend. Wir erwarten bei unseren Untersuchungen folgenden Befund:

Der Anteil der Mitglieder in einer Exekutive hat sich in den Mittelparteien negativer verändert als in den Links- oder Rechtsparteien.

Die Paneluntersuchung soll auch hier Unterschiede in der Entwicklung aufzeigen. Bei der Interpretation der Resultate ist zu berücksichtigen, dass Wahlen in eine Exekutive einem viel geringeren Wandel unterworfen sein werden als Parlamentswahlen. Leuchtet doch das Argument der „Wahl von Köpfen statt Parteien“ bei der Gemeindeexekutive am ehesten ein. Auch können ehemalige Gemeinderäte zumeist mit den grössten Wahlchancen rechnen. Wie einlei-

³¹ Anteil der im Datensatz enthaltenen Lokalparteien.

tend besprochen, entscheidet im Weiteren der Wahlmodus über die Stabilität eines politischen Systems.

Annahme 4: Anteil am Gemeindeparlament

Wir haben den Wahlerfolg respektive -misserfolg auf nationaler und kantonaler Ebene anhand der Legislative gemessen. Wie sind die Parteien nun in den Parlamenten auf lokaler Ebene vertreten? Lässt sich auch hier eine Polarisierung während der vergangenen 13 Jahre beobachten? Wir erwarten folgenden Befund:

Der Anteil der Mitglieder in einem Gemeindeparlament hat sich in den Mitteparteien negativer verändert als in den Links- oder Rechtsparteien.

Die Gemeinden der Schweiz sind sehr unterschiedlich. Die grössten unter ihnen zählen über 360'000 Bürgerinnen und Bürger, die kleinsten gerade mal gut 50. Verständlich daher, dass ein Parlament nicht in allen Gemeinden vorzufinden ist. Im untersuchten Datensatz geben 30.1% der Parteien an über ein Gemeindeparlament zu verfügen. Dementsprechend werden auch die Fallzahlen etwas kleiner und die Aussagemöglichkeiten beschränkt sein.

Annahme 5: Anteil an Gemeindepräsidien

Hier geht es darum, das wohl prestigeträchtigste kommunale Amt zu untersuchen: Das Gemeindepräsidium. Aufgrund der allgemein abnehmenden politischen Parteibindung, dem Entstehen vieler parteiloser Listen und der zunehmenden Anzahl „wilder Kandidaten“ kann davon ausgegangen werden, dass die traditionellen Parteien eher an Präsidiumsmandaten leicht verloren haben. Nur leicht darum, weil die Parteien nach wie vor einen gewichtigen Einfluss auf kommunaler Ebene besitzen. Dies einerseits, weil nur selten der Weg zu einem Gemeindepräsidium nicht über die organisierte Form einer Partei führt und andererseits, weil die Expansion der politischen Parteien in den 1990ern weiter vorangetrieben wurde. In beiden Untersuchungswellen haben die lokalen Parteipräsidenten Auskunft darüber gegeben, ob ihre Partei das Amt des Gemeindepräsidiums bekleidet. Daraus resultiert folgende Annahme:

Mitteparteien haben im Vergleich zu den Polen anteilmässig weniger Parteipräsidien gewinnen können und mehr Parteipräsidien verloren.

Erwartet wird demnach, dass die Verschiebungen, welche sich in den letzten 12 Jahren ergeben haben, zu Ungunsten der Mitteparteien verlaufen sind.

Kritisch muss bei der Variable Gemeindepräsidium angemerkt werden, dass die Wahl in dieses Amt durch Majorzwahlen erfolgt und zudem abhängig von den aufgestellten Personen ist. Oft entscheidet damit nicht bloss das Parteibüchlein des Kandidaten über seine Wahlchancen, sondern seine Reputation in der Gemeinde spielt eine grosse Rolle. Des Weiteren kann es informelle Absprachen zwischen Parteien geben, sich bei der Amtsvergabe abzuwechseln, dass also nach dem Rücktritt einer Gemeindepräsidentin aus der Partei X ein Kandidat der Partei Y aufgestellt wird.

Für die Untersuchung wird der Paneldatensatz verwendet, da es darum geht das Jahr 1990 mit 2002 zu vergleichen. Natürlich kann so nicht ausgeschlossen werden, dass eine Partei zwischenzeitlich das Präsidiumsamt gewonnen und wieder verloren (oder umgekehrt) hat.

Annahme 6: Bedeutung der Partei

Politische Verluste schlagen sich nicht nur in quantitativen Zahlen über Mandate nieder, sondern manifestieren sich auch in einem geringeren Einfluss der betreffenden Partei. Aus dieser Vorannahme entsteht im Zusammenhang mit der Gesamtthese:

Der Einfluss von Mitteparteien ist von 1990 bis 2003 stärker gesunken als der Einfluss von polarisierteren Parteien des Links-Rechts-Spektrums.

In beiden Umfragen der lokalen Parteiprääsidenten wurde durch Selbsteinschätzung nach dem allgemeinen Einfluss der Ortspartei gefragt. In Bezug auf die Gemeindepolitik wurde konkret der Einfluss auf die Meinungsbildung in der Gemeinde, auf Beschlüsse im Gemeindevorstand, sowie auf den Ausgang kommunaler Abstimmungen und Wahlen ermittelt. Des Weiteren wurde der Einfluss auf das Verhalten von Bürgern in kantonalen und nationalen Abstimmungen und Wahlen erhoben. Die Parteiprääsidenten konnten die Fragen mit sehr gross (1), gross (2), nicht so gross (3) und kaum vorhanden (4) beantworten. Der besseren Verständlichkeit halber wurden die sechs Bereiche zu zwei Aussagen reduziert. Die ersten vier Fragen wurden in einen Index des Einflusses auf Gemeindeebene gewandelt, die beiden letzten Fragen wurden zu einem Index des Einflusses auf kantonaler und nationaler Ebene zusammengefasst. Beide Indices liefern Einflusszahlen zwischen 1 und 4 analog der einzeln gestellten Items.

Es wird angenommen, dass sich allgemein der Einfluss der Parteien reduziert hat. Dies wird durch die abnehmende Parteibindung und die damit wachsende Anzahl von Wechselwählern begründet. Allerdings kann davon ausgegangen, dass sich der Einfluss der Parteien generell nicht markant verringert hat (vgl. Annahme 5). Aus der Polarisierungsthese wird geschlossen,

dass Parteien der Mitte stärker an Einfluss verloren haben als Parteien des linken oder rechten Lagers.

Im Gegensatz zu den objektiven Indikatoren der vorhergehenden Annahmen basiert diese Annahme auf Selbsteinschätzungen der Befragten. Bei diskreten Skalenantworten (Likert-Skala) ist zwar die Reliabilität höher als bei normalen Skalenantworten (Thermometer-Skala), trotzdem sind auch hier Vorbehalte bezüglich dieses wichtigen Gütekriteriums anzubringen (Diekmann 1999). Diese verstärken sich, wenn man bedenkt, dass sich in der Zeit von 1990 bis 2003 wahrscheinlich in vielen Sektionen Wechsel in der Parteispitze vollzogen haben und damit die Antworten von verschiedenen, subjektiv nicht einheitlich wahrnehmenden Personen ausgefüllt wurden. Dem allerdings ist entgegenzusetzen, dass die Untersuchung auf eine grosse Fallzahl ($N \approx 1000$) abgestützt ist und in einigen Sektionsarchiven wohl auf die Antworten der Umfrage von 1990 zurückgegriffen werden konnte.

Annahme 7: Anzahl der Neugründungen in den letzten 12 Jahren

Die Expansion der Parteien in der Schweiz ist nicht abgeschlossen. Trotz Politikverdrossenheit und abnehmenden Parteienbindungen werden jedes Jahr neue Parteien und neue Sektionen von bestehenden Parteien gegründet.³² Eine allfällige zunehmende Polarisierung sollte demnach aus den Neugründungen ersichtlich werden:

Der Anteil der neu gegründeten Sektionen der Mitteparteien an der Gesamtzahl der Neugründungen im Vorfeld der Umfrage von 2002 ist kleiner als derjenige im Vorfeld der Umfrage von 1990.

Mitteparteien haben 2002 im Vergleich zu 1990 weniger Anteile an den neu gegründeten Parteisektionen. Dagegen sollten – entsprechend der Polarisierungsthese – linke und rechte Parteien absolut³³ mehr Gemeindeparteien gegründet haben.

Für diese Daten kann nicht auf den Paneldatensatz zurückgegriffen werden. Stattdessen wird der kumulierte Datensatz von 1990 und 2003 verwendet.

Kritisiert werden kann an diesem Vorgehen, dass die beiden Befragungen nicht in Form von Vollerhebungen durchgeführt worden sind und durch eine Teilerhebung die Gefahr einer Ver-

³² Gleichzeitig verschwinden jährlich auch bestehende Parteisektionen. Diese Anzahl kann allerdings aus dem Datensatz nicht erschlossen werden.

³³ Absolut deshalb, weil durch die höhere Dichte von Mitteparteien zu erwarten ist, dass die relative Differenz nicht zwingend gleiche Resultate erbringen muss.

zerrung besteht. Diese wächst, wenn es darum geht, kleine Teilgruppen, wie in diesem Falle die Neugründungen, in einer Umfrage zu analysieren. Allerdings kann davon ausgegangen werden, dass sich solche Verzerrungen in der erwähnten Untersuchung nicht systematisch ergeben haben, sondern zufällig gestreut liegen und dementsprechend nicht ins Gewicht fallen. Weitere Punkte sind der Ceiling-Effekt und der Catch-up-Effekt. Die stärkere Verbreitung der Mitteparteien lässt einerseits keine weitere starke Expansion zu, während weniger dicht verbreitete Lager (wie beispielsweise das rechte) an Anteilen aufholen können.

5.3 Resultate

1. Häufigkeit der Lokalsektionen

Im Datensatz von 2002 sind tatsächlich 67 Lokalparteien weniger enthalten als noch im Datensatz von 1990. Klarer Verlierer ist eindeutig der Mitteblock. Von den Parteien der Mitte sind nicht nur die meisten Sektionen verschwunden (189 weniger), der Anteil an der Gesamtzahl aller Lokalparteien ist auch innerhalb der 13 Jahre von 57.9% auf 51.2% gefallen.

Ebenfalls Lokalparteien verloren haben die Linken. Die Zahl der linken Gemeindeparteien ist um 13 gesunken, ihr Anteil an der Gesamtzahl ist jedoch um 0.2% gestiegen. Die Linke hat mit anderen Worten im sinkenden Parteienmarkt ihre Marktanteile halten können.

Gewinnerinnen auf der ganzen Linie sind die rechten Parteien. In der zweiten Erhebungswelle wurden 135 neue Parteien aus dem rechten Lager erfasst. Der rechte Block konnte dadurch seinen Anteil von 14.8% im Datensatz von 1990 auf 21.3% im Datensatz von 2002 erhöhen: Das entspricht einer Steigerung um 6.5 Prozentpunkten.

Die Annahme, wonach der Anteil der Mitteparteien an der Gesamtzahl aller Lokalparteien in der zweiten Erhebung kleiner ist, scheint sich zu bestätigen. Die Stärkung der Pole ist insofern eingetroffen, als die Rechten klar zulegen und die Linken bei einem allgemeinen Rückgang ihre Position halten konnten.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Untersuchung *nach Sprachregionen*: Sowohl in der deutschen wie auch in der französischen und italienischen Schweiz haben die Mitte Anteile verloren und die Linken und Rechten gewonnen. Die Entwicklung ist in der Deutschschweiz stärker zu erkennen, nur der linke Block hat in den nichtdeutschsprachigen Gemeinden mehr Anteil dazu gewonnen als in den deutschsprachigen. Interessant ist auch zu sehen, dass die Gesamtzahl von Lokalparteien nur in der Westschweiz und im Tessin abgenommen hat, in der Deutschschweiz ihre Zahl hingegen gestiegen ist (vgl. Tabelle 6).

Tabelle 6: Anzahl Lokalparteien geordnet nach Sprachraum (Prozentangabe in Klammern)

Lokalparteien / Sprache		Links	Mitte	Rechts	Total
deutsch	1990	438 (26.9)	917 (56.39)	274 (16.8)	1629 (100)
	2002	454 (27.3)	814 (49.0)	394 (23.7)	1662 (100)
		+16 (+0.4)	-103 (-7.3)	+120 (+6.9)	+33 (0)
lateinisch	1990	169 (27.2)	388 (62.5)	64 (10.3)	621 (100)
	2002	160 (28.8)	318 (57.3)	77 (13.9)	555 (100)
		-9 (+1.6)	-70 (-5.2)	+13 (+3.6)	-66 (0)

Vergleicht man die Ergebnisse der verschiedenen *Kantonstypen*, gelangt man auch zum selben Befund: Die Rechten vergrössern ihre Zahl und ihren Anteil stark, die Mitte verliert und die Linke gewinnt leicht. Nur in den Kantonen des Typs 3 musste der linke Block Anteile abgeben. Am meisten Anteile verlor die Mitte in Gemeinden des Kantonstyps 1, der Kantonstyp, in dem die Rechte am meisten expandierte.

Die grösste Veränderung gab es in *ländlichen Gemeinden*. Dort vergrösserten die linken und rechten Pole ihren Anteil am meisten, dort verlor aber die Mitte am heftigsten.³⁴ Ebenfalls starke Einbussen musste die Mitte in *mehrheitlich katholischen Gemeinden* hinnehmen, wieder zur Freude von Links und Rechts. In Gruppe der mehrheitlich protestantischen Gemeinden verzeichnen die Linken gar einen Verlust um 2.4 Prozentpunkte. Genau da, wo das rechte Lager am meisten Anteil dazu gewinnen konnte (5.9 Prozentpunkte).

Mit wenigen Ausnahmen und oft bei kleiner Fallzahl wird auch bei der Analyse nach Sprache, Kantonstyp, Urbanität und Konfession unsere Annahme gestützt.

2. Mitgliederzahl

Die Zahl der Mitglieder hat in allen drei Blöcken abgenommen. Zählten die Lokalparteien 1990 noch 81'515 Mitglieder, so waren es 2002 gerade mal 56'816. Das sind 30.3% oder 24'699 Mitglieder weniger. In Abbildung 8 ist die Entwicklung dargestellt. Die Mitte hat in den Jahren zwischen den zwei Erhebungen 34.7% ihrer Mitglieder verloren. Bei den Rechten waren es 24.4%, bei den Linken 21.6%.

³⁴ Bedingt durch tiefe Fallzahlen darf diese Erkenntnis nicht zu stark interpretiert werden. In Gemeinden mit mittlerem oder hohem Urbanitätsgrad zeigt sich jedoch auch wieder ein Zuwachs links und rechts, bzw. eine Abnahme in der Mitte des politischen Spektrums.

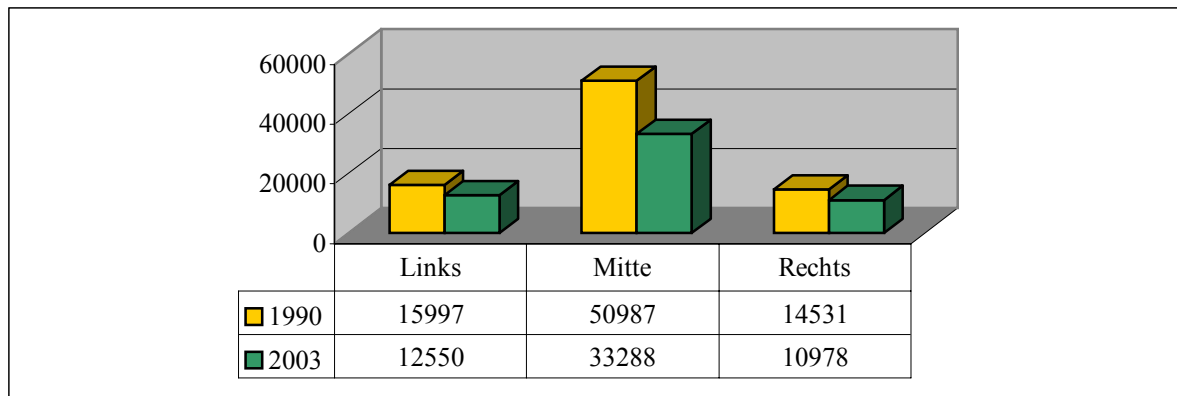


Abbildung 8: Mitgliederzahlen

Zählt man die Parteien mit einem Mitgliederzuwachs beziehungsweise mit einem Mitgliederschwund zeigt sich folgendes Bild: Die Mehrheit der Lokalsektionen in allen drei Blöcken hat Mitglieder verloren. Bei der Mitte sind es 71.5% der Parteien, bei den Linken 66.7% und bei den Rechten 59.5%. Der rechte Block ist nicht nur insofern der erfolgreichste, als er den kleinsten Anteil bei den „erfolglosen“ Lokalparteien ausweist, er zeigt auch den grössten Anteil an Parteien die ihre Mitgliederzahl halten oder gar ausbauen konnten.

Die Annahme lässt sich bestätigen. Die Mitte hat am meisten Mitglieder verloren, zur Mitte gehören auch am meisten Parteien, deren Mitgliederzahl geschrumpft ist.

Für die *Deutschschweiz* zeigt sich ein ähnliches Bild wie für die Gesamtschweiz. Ganz anders aber in der Romandie und in der Südschweiz: Dort haben zwar ebenfalls die Mitteparteien den grössten Anteil an Parteien mit einer Abnahme der Mitgliederzahl, sie weisen aber auch den grössten Prozentsatz an Parteien mit konstanter Mitgliederzahl aus. Der Block mit den verhältnismässig meisten Parteien, die gewachsen sind, ist hier für einmal der linke (vgl. Tabelle 7).

Tabelle 7: Veränderung der Mitgliederzahlen, Anteil der Lokalparteien nach Sprache³⁵

		Abnahme		konstant		Zunahme	
deutsch	Links	66.5%	(147)	15.4%	(34)	18.1%	(40)
	Mitte	68.6%	(188)	13.1%	(36)	18.3%	(50)
	Rechts	58.3%	(67)	19.1%	(22)	22.6%	(26)
lateinisch	Links	67.3%	(35)	7.7%	(4*)	25.0%	(13)
	Mitte	81.0%	(68)	10.7%	(9)	8.3%	(7)
	Rechts	72.7%	(8)	9.1%*	(1*)	18.2%*	(2*)

³⁵ mit Sternchen (*) versehene Zahlen sind Angaben mit Fallzahlen kleiner als 5.

Betrachtet man die Entwicklung hinsichtlich der *Urbanität*, sind die Befunde etwas diffus. In der Gruppe der ruralen Gemeinden sind die Fallzahlen äusserst klein. Die linken Parteien haben den grössten Anteil an schrumpfenden Parteien (79.0%), der rechte Block den grössten Anteil an Lokalparteien mit gleich bleibender (20.0%) und zunehmender Mitgliederzahl (26.7%). Gemeinden mittleren Urbanitätsgrades weisen den höchsten Anteil an Parteien mit abnehmender Zahl an Mitglieder im linken (65.3%), mit konstanter Zahl im mittleren (72.7%) und mit zunehmender Zahl im rechten Block (25.8%) auf.

Die Unterscheidungen nach *Konfession* und *Kantonstyp* bringen keine eindeutigen Befunde zutage. Zumal bei den rechten Parteien und im katholischen Gemeindeblock sehr geringe Fallzahlen auftreten. Eine Interpretation ist äusserst schwierig und eine verallgemeinernde Aussage nicht möglich.

3. Anteil an der Exekutive

Die Gesamtzahl an Exekutivsitzen im Datensatz 1990 auf lokaler Ebene betrug 4'975. In der Erhebungswelle von 2002 wurden noch 2'001 Sitze gezählt: eine Abnahme um knappe 60%. Die Untersuchung nach Verlierer- und Gewinnerparteien erwies sich für die Berechnung als ungeeignet, da zu oft das Problem zu kleiner Fallzahlen auftrat. Deshalb beschränken wir uns in diesem Abschnitt auf die Darstellung der Veränderung der Sitzzahlverhältnisse.

Die Anteilsveränderungen der einzelnen Blöcke sind in Tabelle 8 beschrieben. Gewinnerinnen sind die linken Parteien, auf dem Verliererposten steht einmal mehr die Mitte. Die Rechten konnten ihren Anteil leicht steigern.

Tabelle 8: Anteil an lokalen Exekutivsitzen (absolute Zahl in Klammern)

	Links	Mitte	Rechts
1990	17.7% (880)	63.2% (3145)	19.1% (950)
2002	21.1% (423)	58.6% (1173)	20.2% (405)
Veränderung Prozentpunkte	+3.4	-4.6	+1.1

Sitze verloren haben also alle Blöcke, der linke hat aber in beiden Sprachteilen der Schweiz Anteile dazu gewonnen.³⁶ Der rechte Block hat in den deutschen Gemeinden etwa gleich viele Sitzanteile dazu gewonnen, wie er in den welschen und Tessiner Gemeinden verlor. Grösster Verlierer gemessen an Anteilen und an absoluten Sitzzahlen ist der Mitteblock. Gewisse Erosionserscheinungen bei den Bundesratsparteien machten sich schon Mitte der 1990er-Jahre

³⁶ Deutschschweiz +4.0%, Romandie und Tessin + 3.3%

bemerkbar. So waren damals schätzungsweise 20% aller Exekutivsitze an Parteilose vergeben (Linder 1994: 100).

Die Mitteparteien stellen in den Gemeinden aller *Kantonstypen* den grössten Anteil an Exekutivmitgliedern. Die Linken konnten ihren Anteil in allen Typen ausbauen, die Mitte verlor in allen Kantonen und die Rechte legte nur in den Kantonen des Typs 3 zu. Die grössten Einbusen machte die Mitte in den Kantonen des Typs 2, wo sie insgesamt 1'119 Sitze verlor (das sind über 66%!) und so ihren Anteil um 5.6 Prozentpunkte verkleinerte.

Bei der Analyse nach dem *Urbanitätsgrad* lassen sich wegen der geringen Fallzahl nur vereinzelte Aussagen möglich. Alle Blöcke haben in Gemeinden aller Urbanitätsstufen Gemeinderatssitze verloren. Die Mitte hat in urbaneren Gebieten stärker verloren als in ruralen. Die Rechte hat in Gemeinden mittleren Urbanitätsgrads am meisten Sitzanteile gewonnen. Die höchste Steigerung bei den Sitzanteilen vollbringt die Linke, dies in Gemeinden mit hohem Urbanitätsgrad.

Vertreter aus den Mitteparteien stellten und stellen nach wie vor den grössten Anteil an Exekutivvertretern, sei dies in *mehrheitlich katholischen oder mehrheitlich protestantischen* Gemeinden. Die Vormachtstellung der Parteien aus der Mitte ist in katholischen Gemeinden besonders augenscheinlich. Die Linke bildet jedoch den einzigen Block, der seine Anteile vergrössern konnte (vgl. Tabelle 9). Real haben die Blöcke in allen Gemeinden, in mehrheitlich katholischen oder protestantischen, Sitze verloren.

Tabelle 9: Exekutivsitze nach Konfession

		1990	2002	Veränderung Anteil	
katholische Gemeinden	Links	10.5% (249)	13.8% (116)	+3.3	(-133)
	Mitte	87.9% (2077)	85.7% (719)	-2.2	(-1358)
	Rechts	1.6% (37)	0.5% (4)	-1.1	(-33)
protestantische Gemeinden	Links	23.7% (600)	26.4% (307)	+2.7	(-293)
	Mitte	40.1% (1014)	39.1% (454)	-1.1	(560)
	Rechts	36.1% (913)	34.5% (401)	-1.6	(-512)

Die Annahme kann in den allermeisten Fällen bestätigt werden. Im Vergleich zu den anderen Daten ist aber der Zerfall der Mitte nicht so deutlich erkennbar. Die linken Parteien haben über alle Untersuchungen hinweg am stärksten zugelegt. Die rechten konnten sich, wenn überhaupt, nur leicht steigern. Die Gesamtzahl der Exekutivmitglieder, die einem der drei Blöcke angehören, ist überall und teilweise stark gesunken. Mögliche Erklärungen könnte eine Abnahme der zu vergebenden Sitze oder eine Zunahme der Parteilosen in den Exekutiven sein.

4. Anteil am Gemeindeparlament

Im linken Lager haben 28.7% der Parteien Sitze in den Gemeindeparlamenten verloren, 48.9% konnten sie halten und 22.3% gewannen dazu. Das Lager der Mitte war am erfolgreichsten: nur 10.4% der Lokalparteien haben Sitzverluste zu beklagen, 54.9% blieben konstant und 34.7% verfügten 2002 gar über mehr Vertreter in der Legislative als noch 1990. Für einmal die negativste Entwicklung machten die rechten Parteien: 43.6% verloren, 30.8% hielten ihren Anteil und 25.6% legten zu.

Am meisten Bewegung entstand in *französisch- und italienischsprachigen Gemeinden*. Der Anteil der Parteien mit konstanter Zahl an Parlamentariern ist in der deutschen Schweiz grösser als im Rest des Landes (vgl. Abbildung 9)

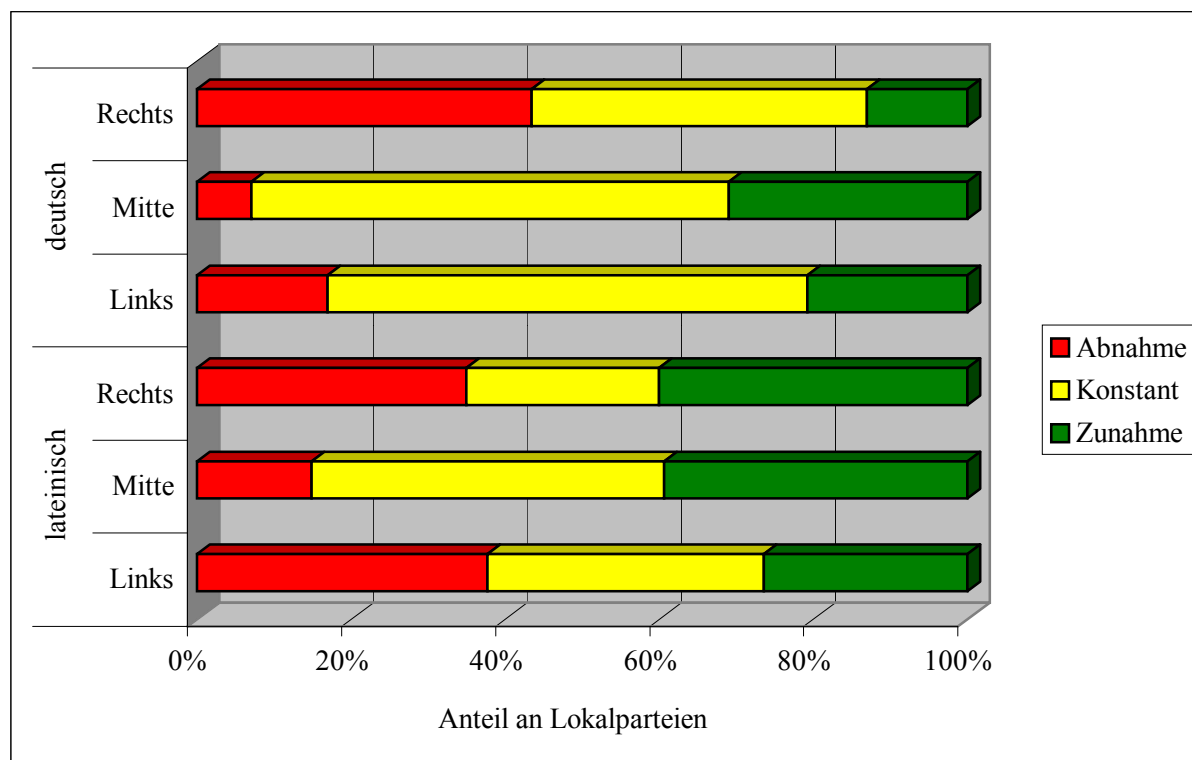


Abbildung 9: Parlamentarier nach Sprachregion

Bei der Unterscheidung nach *Kantonstypen, Urbanitätsgrad und Konfession* sind die Fallzahlen wiederum zu gering, um verlässliche Aussagen machen zu können.

5. Anteil an Gemeindepräsidien

Wie angenommen, haben die etablierten Lokalparteien in den 1990ern einen Rückgang an Gemeindepräsidien zu verzeichnen. Werden die Amtsverluste von den Amtsgewinnen subtra-

hiert und relativ zur Blockstärke betrachtet, ergeben sich deutliche Unterschiede in der Veränderung (Abbildung 10).

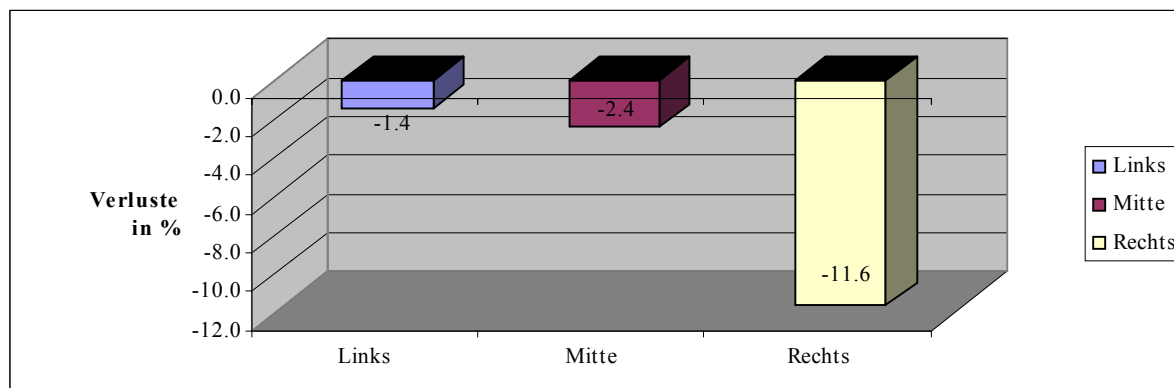


Abbildung 10: Verluste von Gemeindepräsidenten relativ zur Anzahl der Sektionen.

Entgegen den Erwartungen hat nicht die Mitte anteilmässig am meisten Gemeindepräsidenten verloren: Die Rechte verlor das Parteipräsidium in 11.6% ihrer Sektionen. Dieses Bild relativiert sich etwas bei der Betrachtung der Veränderungen auf der Mikroebene (Abbildung 11). So wird ersichtlich, dass zwar die Rechte anteilmässig am meisten Sitze abgeben musste, allerdings dafür im Verhältnis eine viel grössere Erfolgsquote bezüglich der Anzahl Sitze hat. Weder der linke noch der mittlere Block haben relativ zu ihrer Stärke derart viele Präsidiumsitze inne. Die rechten Parteien konnten 1990 in 85 ihrer 146 Sektionen (damit 58.2%; 2002: 46.6%) den Gemeindepräsidenten stellen. Die Mitte bekleidete mit 41,1% (2002: 38.7%) ihrer Gemeindesektionen den Exekutivvorsitz, die Linke lediglich in 16.8% (2002: 15.4%).

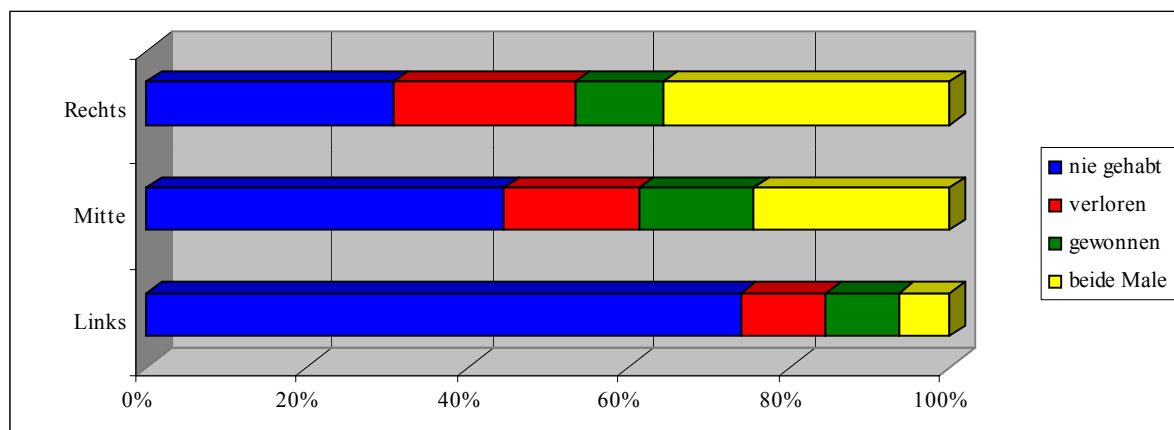


Abbildung 11: Veränderungen der Gemeindepräsidenten 1990 bis 2003.

Differenziert man die Veränderungen nach *Sprachregion*, fällt auf, dass sich die Verluste der Rechten ausschliesslich auf deutschsprachige Gemeinden konzentrieren (Abbildung 12).

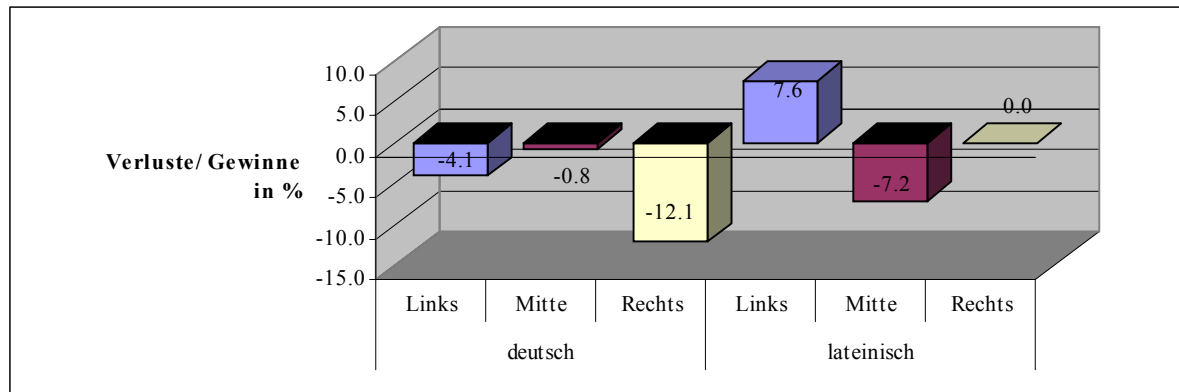


Abbildung 12: Verluste & Gewinne von Gemeindepräsidenten relativ zur Anzahl der jeweiligen Sektionen nach Sprachregion

In der lateinischsprachigen Schweiz hatte die Rechte 1990 bedeutend weniger Sektionen und lediglich 7 Gemeindepräsidenten inne (was bei einer Anzahl von 14 Sektionen allerdings eine gute Erfolgsquote darstellt), und sie konnte diesen Anteil halten.

Die Rechte ist im *Kantonstyp* 1 kaum ausgebildet. Verluste erlitt sie dementsprechend in den Kantonstypen 2 (-13%) und 3 (-10.5%). Am meisten Mandate relativ zur Anzahl Sektionen verlor die Mitte im Kantonstyp 2.

Betrachtet man die Veränderung nach dem *Urbanitätsgrad* der Gemeinden wird ersichtlich, dass die Rechte auf dem Land massiv Ämter verlor (Abbildung 13). Stellte sie noch 1990 in allen 37 ruralen Sektionen (!) das Gemeindepräsidium gingen bis 2002 13 Mandate verloren. In stark urbanen Regionen konnte die Rechte dagegen leicht zulegen. Die Mitte musste ihre Verluste primär in den urbanen Gebieten hinnehmen.

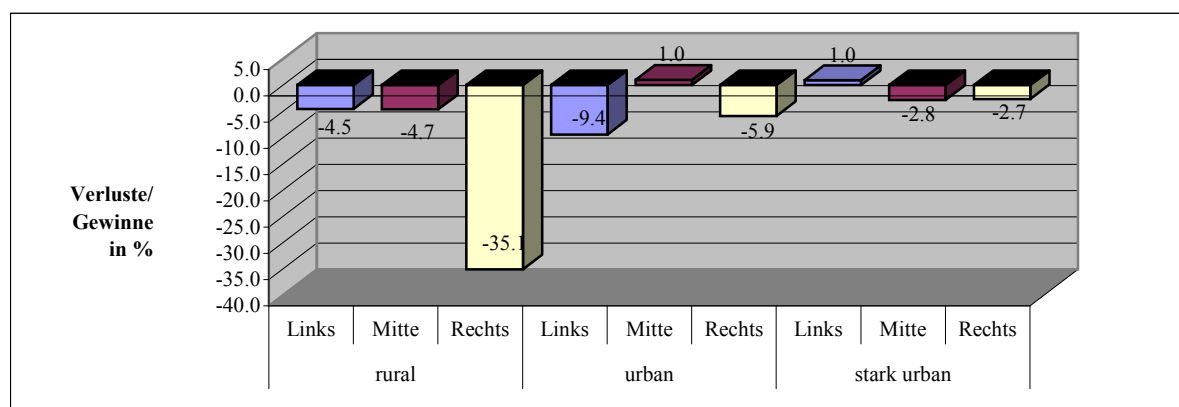


Abbildung 13: Verluste & Gewinne von Gemeindepräsidenten relativ zur Anzahl der jeweiligen Sektionen nach Urbanitätsgrad

Die Untersuchung nach dem Konfessionsgrad, ergibt in Bezug auf die Rechte keine weiteren Erkenntnisse, da diese in katholischen Gebieten kaum vorkommt. Zu den Mitteparteien ist zu

sagen, dass sie mehr Verluste in katholischen Stammländern erlitten haben – ein Zusammenhang mit den Verlusten der CVP liegt nahe, bedarf aber einer weiteren Abklärung.

Die Annahme bezüglich der Gemeindepräsidien muss zurückgewiesen werden. Vor allem die Rechte hat über alle Sektionen gesehen in den Jahren zwischen 1990 und 2002 Gemeindepräsidien abgeben müssen. Dies vor allem in ruralen Gebieten und in der Deutschschweiz. Einen leichten Einfluss hat zudem die Konfession.

6. Bedeutung der Partei

Die Betrachtung der Mittelwerte der Lokalparteien macht augenfällig, dass alle Blöcke ihre Macht primär bei kommunalen Angelegenheiten sehen (Abbildung 14).

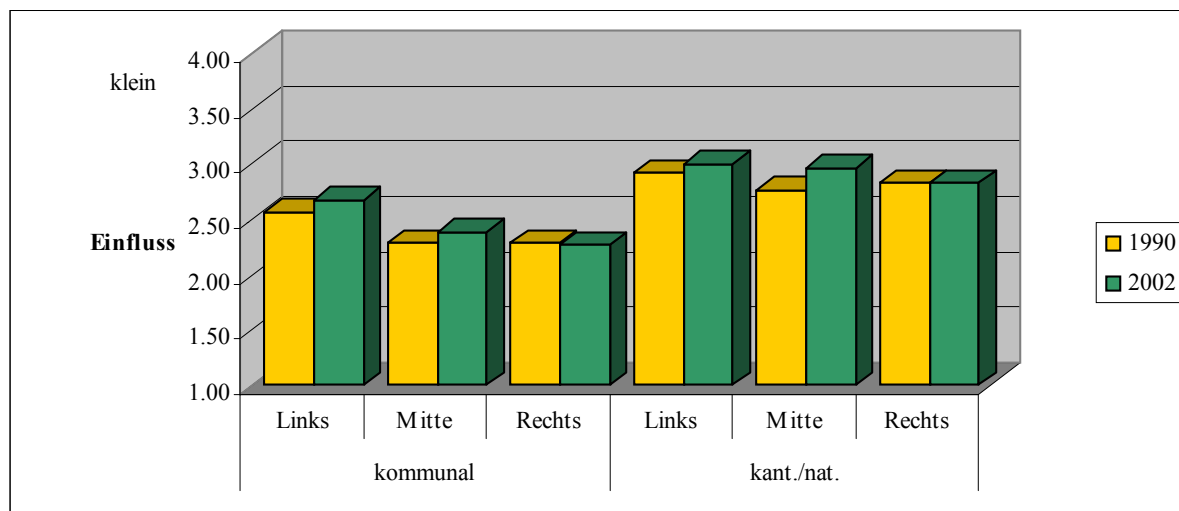


Abbildung 14: Einfluss der drei Blöcke auf kommunaler & kantonaler / nationaler Ebene

Diese Werte sind klar tiefer³⁷ als diejenigen der Geltung auf kantonale und nationale Ergebnisse. Weiter stufen linke Parteien ihren Einfluss als geringer ein. Die Mitte und Rechte können auf Gemeindeebene als zentralere Figuren angesehen werden. Unterschiede zwischen 1990 und 2002. Bei den Veränderungen von 1990 zu 2002 kann man tendenziell eine Einflussabnahme bei Linken und Mitteparteien feststellen. Die Rechte dagegen konnte ihre Position halten, teilweise sogar stärken. Allerdings muss gesagt werden, dass sich die Veränderungen auf einem tiefen Niveau bis 0.2 Punkte bewegen.

Sprachregional bestätigt sich dieses Bild, allerdings muss angefügt werden, dass der Einflussverlust der Mitte in der lateinischen Schweiz bedeutend stärker angegeben wird. Interes-

³⁷ Die Antworten der Gemeindepräsidenten wurden wie folgt codiert: sehr gross = 1, gross = 2, nicht so gross = 3, kaum vorhanden = 4.

sant ist, dass die Rechte in der deutschen Schweiz kantonal und national ihren Einfluss steigend sieht, während die lateinische Rechte eher einen Rückgang konstatiert.

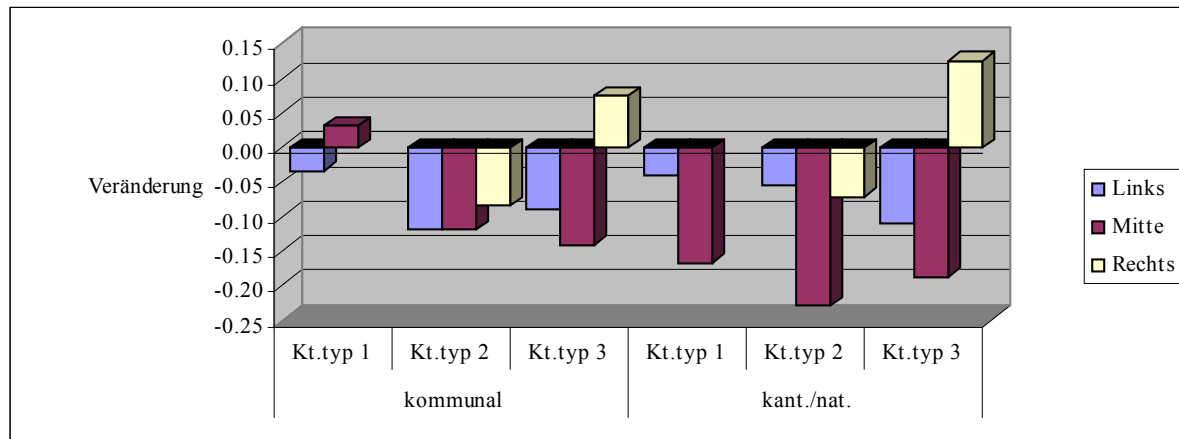


Abbildung 15: Einflussveränderung nach Kantonstyp

Die Unterscheidung der Veränderungen nach *Kantonstypen* zeigt auf, dass das linke Lager seinen Einfluss eher in seinen stärkeren Regionen, Kantonstypen 1 und 2, verliert. Die Mitte trägt ihre grössten Einflussbussen in den gleichen Kantonen davon. Die Gewinne der Rechten beschränken sich auf den Kantonstyp 3, den ausgeprägten Mehrparteiensystemen.

Punkto *Urbanität* wird ersichtlich, dass die Mitte überall konstant Einfluss verloren hat. Ausnahme bildet der starke Einflussverlust auf kantonale und nationale Angelegenheiten in ruralen Gebieten. Die Rechte konnte vor allem in den stark urbanen Gebieten an Einfluss zulegen.

Für kommunale Angelegenheiten scheint die *Konfession* keine grosse Rolle zu spielen. Die Veränderungen unterscheiden sich wenig von katholischen zu protestantischen Gebieten. Einzig die Linke hat in protestantischen Gebieten deutlich weniger Einfluss als in katholischen. Auf nationaler und kantonaler Ebene sieht man bei der Mitte einen deutlichen Unterschied zwischen den „Konfessionsgebieten“. Die Verluste sind in katholischen Gebieten bedeutend höher.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Annahme bezüglich des Einflusses tendenziell bestätigt wird. Die geringen Verschiebungen lassen allerdings eine akzentuiertere Ausdrucksweise nicht zu. Als einziger Block konnte die Rechte ihren Einfluss halten, teilweise sogar ausbauen. Dies unterstützt die Aussage einer asymmetrischen Polarisierung. Wichtige Einflussfaktoren für Differenzen bilden Kantonstypen und der Urbanitätsgrad einer Gemeinde.

7. Anzahl der Neugründungen

In den jeweiligen zwölf Jahren vor den jeweiligen Umfragen wurden 419 respektive 343 Parteisektionen gegründet (Tabelle 10).

Tabelle 10: Neugründungen in den 12 Jahren vor 1990 respektive 2002

	1979-1990			1991-2002		
	Neugründungen	in Prozent	von Total	Neugründungen	in Prozent	von Total
Links	148	39.2	626	113	32.9	615
Mitte	178	47.1	1324	107	31.2	1143
Rechts	52	13.8	513	123	35.9	524
Total	378	100.0	2463	343	100.0	2282

Entfielen 1990 noch über 47% der Jungparteien auf die Mitte, sank dieser Wert in den nächsten zwölf Jahren auf etwas über 31%. Demgegenüber konnten die beiden Flügel ihre Anteile stark (Links) bis sehr stark (Rechts) erhöhen. Die Neugründungen in Relation zur totalen Anzahl der Parteien eines Blocks bestätigt die Vermutung, dass die Lager 2002 tendenziell weniger Neugründungen im Vergleich zu 1990 verbuchen konnten, nur teilweise. Die Linke und die Mitte haben absolut weniger Parteien gegründet, die Rechte konnte die Anzahl ihrer Neugründungen mehr als verdoppeln. Ob dies bei der Mitte und der Linken bereits einen Sättigungseffekt widerspiegelt oder aufgrund von Politikverdrossenheit und abnehmenden Parteienbindung geschieht, kann mit diesen Zahlen nicht erklärt werden und bedürfte weiterer Untersuchungen.

Differenziert man die Neugründungen nach den ausgewählten Cleavages werden weitere interessante Unterschiede aufgedeckt:

Sprachregional gibt es klare Differenzen (Abbildung 16). Während die Linke in der deutschen Schweiz starke Verluste hinnehmen musste (-11 Prozentpunkte), konnte sie ihren Anteil an den Neugründungen in der lateinischen Schweiz um 15 Prozentpunkte steigern. Anders die Rechte: Sie gewann sehr deutlich in der deutschen Schweiz hinzu (24.9 Prozentpunkte), deutlich in der lateinischen Schweiz (13 Prozentpunkte). Die Mitte machte Anteilsverluste in beiden Sprachregionen, viel stärker allerdings in der lateinischen Schweiz.

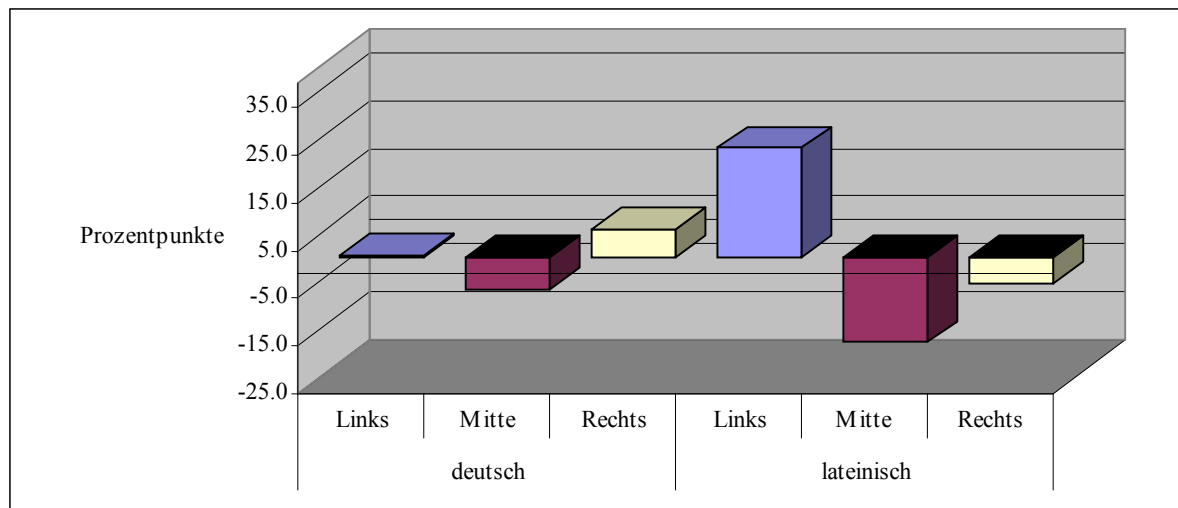


Abbildung 16: Veränderung des Anteils an Neugründungen 2002-1990 nach Sprachregion

Die *Typologisierung* der Kantone nach Vatter zeigt auf, dass die rechten Parteien vor allem in hegemonialen Zweiparteiensystemen (Kantonstyp 1) zulegen konnten. Dies gilt allerdings besonders im Kantonstypus 1, den hegemonialen Zweiparteiensystemen, wo die Rechten ihren Anteil an Neugründungen um 36 Prozentpunkte steigern konnte. Dies primär zulasten der Linken, welche in diesen Kantonen fast 24 Prozentpunkte bei Neugründungen verlor.³⁸ Die anderen Kantonstypen bestätigen einen konstanten Verlust der Mitteanteile.

Die Unterscheidung nach *Urbanitätsgrad* ergibt für die Mitte durchwegs Anteilsverluste in allen Siedlungsgebieten. Während die Linke in ruralen und urbanen Gebiete relativ mehr und in den stark urbanen Gebieten relativ weniger Parteien gründete, konnte die Rechte ausserordentliche Anteilsgewinne in den stark urbanen Gebieten sowie in ruralen Gemeinden verzeichnen.

Die Differenzierung nach *Konfession* führt die starken Anteilsgewinne der Rechten in den katholischen Gemeinden vor Augen (Abbildung 17).³⁹ Die Mitte dagegen hat starke Verluste am Anteil der neuen Parteien in den katholischen Gebieten erlitten.

³⁸ Es gilt zudem zu erinnern, dass die Linke in diesen liberal-konservativen Kantonen sowieso eine schwache Stellung innehat.

³⁹ Auch hier muss auf die Korrelation zwischen katholischen Gebieten und dem Kantonstyp 1 aufmerksam gemacht werden.

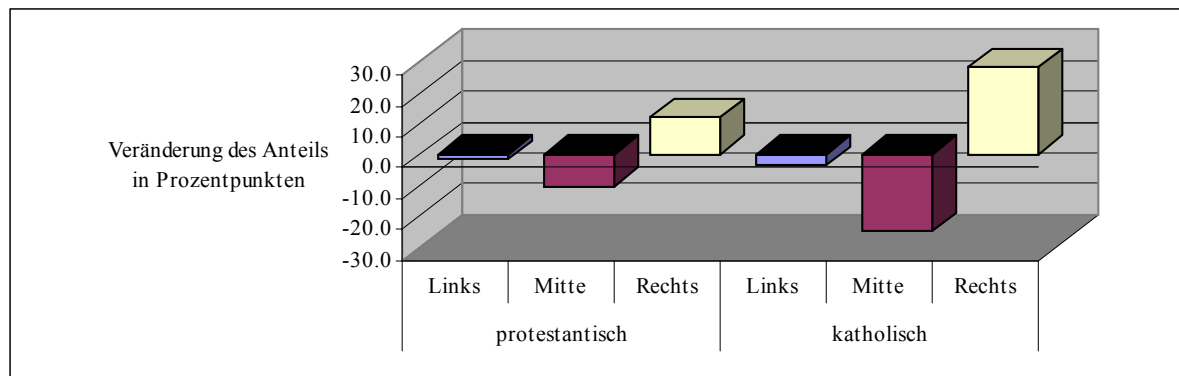


Abbildung 17: Veränderung des Anteils an Neugründungen 2002-1990 nach Konfession

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Annahme 7 die Polarisierungsthese stützt. Die Mitte stellte 2002 am wenigsten neue Parteien, nachdem sie 1990 noch mit Abstand der Block mit den meisten Neugründungen war. Die Gewinne der Pole akzentuieren sich, mit einer Dominanz des Erfolges der rechten Parteien. Es kann also auch bei Neugründungen von einer asymmetrischen Polarisierung gesprochen werden.

6. Fazit

Die Parteien der politischen Mitte haben an Terrain verloren. Sie taten dies auf allen Ebenen des Schweizerischen Systems, nicht aber überall im gleichen Ausmass und gleich deutlich. Auf *nationaler Ebene* hat die Mitte klar verloren. Gewinner sind vor allem die rechten Parteien. Die politische Linke konnte vergleichsweise wenig an Einfluss gewinnen. Auch auf der Ebene der *Kantonsparlamente* zeigt sich der Niedergang der Zentrumsparteien. Vor allem in der deutschsprachigen Schweiz mussten sie Ader lassen. Stark zulegen konnten auf der kantonalen Ebene durchwegs die rechten Parteien. Das linke Lager hat im Besonderen in ruralen Kantonen Gewinne verbuchen können.

Die Erfolgsbilanzen der Lokalsektionen erhärten den in den Kantonen und im Nationalrat gemachten Befund. Doch zeigen sich hier einige Entwicklungen, die entgegen dem allgemeinen Trend verlaufen. Die *Häufigkeit der Mitteparteien* auf kommunaler Ebene hat am deutlichsten abgenommen. Die Rechte hat stark zugelegt, die Linke konnte die Anzahl der Lokalparteien in etwa beibehalten. Auch hinsichtlich ihrer *Mitgliederzahl* stehen die Parteien der Mitte eindeutig am schlechtesten da. Bei einer allgemeinen Abnahme der Parteienbindung und der Mitgliederzahlen weist der Mitteblock am meisten Lokalparteien, deren Mitgliederzahl geschrumpft ist, auf. Ein leicht anderes Bild zeigt sich, wenn man den Erfolg der Parteien mittels der Sitzzahl in den kommunalen *Exekutiven* messen will. Hier hat der mittlere Block nur leicht verloren und der rechte nur wenig dazu gewonnen. Gewinnerin ist in dieser Hin-

sicht eindeutig die Linke. Unsere Erwartungen nicht bestätigt haben die Resultate über die *Gemeindeparlamente*. Da lässt sich kein Niedergang der Mitteparteien nachweisen. Auch von den *Gemeindepräsidenten* sind in den letzten Jahren nicht weniger aus den Mitteparteien gestellt worden. Einbussen bei der Zahl der Gemeindepräsidenten musste aber der rechte Block hinnehmen. Der *Einfluss der Parteien* hat allgemein etwas abgenommen. Bei den Mitteparteien scheint dies am stärksten der Fall zu sein, die Unterschiede zu den Flügelblöcken sind aber minimal. Die *Neugründungen von Lokalsektionen* gingen in den letzten zwölf Jahren mehrheitlich auf die Konten des linken und des rechten Blocks.

In der Schweiz findet eine Polarisierung statt, die Mitteparteien verlieren, die Pole finden vermehrt Zulauf. Doch die Bewegung an die Ränder des politischen Spektrums verläuft nicht gleichmässig sondern asymmetrisch. Die Polarisierung zeigt sich durch den Bedeutungschwund der Mitte und durch das Erstarken vor allem des rechten Lagers. Die asymmetrische Polarisierung findet zum Vorteil der Rechten statt – die Schweizerische Parteienlandschaft polarisiert in erster Linie nach rechts. Diese Entwicklung findet langsam statt, weshalb man von einer gemässigten asymmetrischen Polarisierung sprechen kann (GfS 2003).

Sprach man zu Beginn noch von zwei sich gegenüberstehenden Blöcken, dem bürgerlichen und dem linken, so tauchte in der Mitte der 1990er-Jahren die Idee eines tripolaren Parteiensystems auf. Darin sollten sich ein rot-grüner Pol, ein bürgerliches Zentrum und eine national-konservative Rechte gegenüberstehen (Année politique 2004: 9). Die Mitte scheint nun langsam zwischen den Polen ihren einst grossen Einfluss auf beinahe allen Stufen des politischen Systems aufgeben zu müssen.

Die Theorie von Kirchheimer (1965), wonach sich die europäischen Parteiensystem mehr und mehr zu einem Zweiparteien-System entwickelt und Parteien die Züge von Allerweltparteien annehmen, scheint für den Fall der Schweiz plausibler als die Idee des „frozen party systems“ (Lipset / Rokkan 1967).

Politische Landschaften verändern sich nur langsam. Welche Zukunft der Mitteparteien in der Schweiz bevorsteht, ist schwer vorauszusehen. Ihr Niedergang ist, wie wir hier aufgezeigt haben, auf beinahe allen Ebenen der Schweiz ein Fakt. Wie die Politiker mit dieser Entwicklung umzugehen gedenken und vor allem können, und ob sich aus dem Niedergang ein definitiver Untergang entwickelt, wird sich zeigen. Das Schweizerische System von direkter Demokratie, föderalistischen Strukturen und konkordanten Verfahren verhindert ein grosses Tempo und grosse Veränderungen. Dass sich die Mitte neu profilieren kann und zu ihrer alten Stärke

zurückfinden wird, scheint uns unwahrscheinlich. Konkretisiert man dies an den beiden Hauptexponentinnen der Mitte, so sind für die Zukunft verschiedene Szenarien denkbar:

- Die beiden Parteien werden nicht in der Lage sein, auf den Wandel zu reagieren und werden kontinuierlich weitere Anteile verlieren und zu unbedeutenden Kleinparteien werden, ähnlich wie dies auf europäischer Ebene mit den liberalen Parteien bereits geschehen ist.
- Die beiden Parteien richten sich neu aus und positionieren sich von der Mitte weg. Zu erwarten wäre eher ein Rechtsrutsch, welcher die bürgerliche Fraktion wieder stärker zusammenhalte würde. Dies wird zumindest in Bezug auf die FDP von Exponenten der erstarkten SVP verlangt.
- Die beiden Parteien bündeln ihre Kräfte und schliessen sich zusammen. Für diese Lösung spricht die häufig ähnliche Haltung der Parteien zu verschiedensten Themen und wird von namhaften Experten wie Leonhard Neidhart (2003) gefordert.
- Die beiden Parteien erstarken wieder, weil Erfolge von Rechts abnehmen und sich ein Trend zur Mitte fortsetzt.

Unabhängig vom schlussendlich eintretenden Szenario wird die Mitte in den nächsten Jahren weiter an Grösse und Einfluss verlieren, aber wohl noch eine geraume Zeit als wichtiger Mehrheits- und Koalitionspartner eine entscheidende Rolle spielen.

7. Literatur- und Quellenverzeichnis

ANNÉE POLITIQUE (2004): *Parteiensystem allgemein*.

<http://www.anneepolitique.ch/docu/HP-Parteiensystem.pdf>. 20.09.2004.

ARMINGEON, Klaus (1989): *Sozialdemokratie am Ende? Die Entwicklung der Macht sozialdemokratischer Parteien im internationalen Vergleich 1945-1988*. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 18 (4). 321-345.

ARMINGEON, Klaus (2003): *Das Parteiensystem der Schweiz im internationalen Vergleich. Eine Studie mit Daten der Nationalratswahlen 1971-1999*. Neuchâtel: BFS.

BLUM, Roger (1978): *Rolle, Schwierigkeiten und Reform kantonaler Parlamente*. In: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft 18: 11-32.

BOBBIO, Norberto, (1994): *Destra e sinistra. Ragioni e significati di una distinzione politica*. Roma: Donzelli. Dt. Übersetzung (1994): *Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*. Berlin: Wagenbach.

BRÄNDLE, Michael (1999): *Konkordanz gleich Konvergenz? Die Links-rechts-Positionierung der Schweizer Bundesratsparteien, 1947-1995*. Swiss Political Science Review 5(1), S 11-29.

BUNDESAMT FÜR STATISTIK (BfS, 2004a): *Statistik Schweiz*.

http://www.statistik.admin.ch/stat_ch/ber00/deck_m.htm 1.9. 2004.

BUNDESAMT FÜR STATISTIK (BfS, 2004b): *Kantonsparlamente seit 1971*. Neuchâtel: BfS.

BUND (2004) *Die Schweizerische Bundesverfassung*. Stand 11. Mai 2004.

DIEKMANN, Andreas (1999): *Empirische Sozialforschung – Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. Hamburg.

DUVERGER, Maurice (hrsg. und übers. von LANDSHUT, Siegfried) (1959): *Die politischen Parteien*. Tübingen : J.C.B. Mohr.

FAGANINI, Hans Peter (1978): *Die Rolle der Parteien auf kantonaler Ebene*. In: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft 18: 75-94.

- FORSTER Matthias / IMHOF Patrick / WOLFENSBERGER Beat (2002): *Konfessionszugehörigkeit und ideologische Positionierung*. Arbeit im Rahmen des empirischen Forschungspraktikums an der Universität Bern.
- FUCHS, Dieter / KLINGEMANN, Hans-Dieter (1990): *The Left-Right-Schema*. in: Jennings, M. Kent u.a.: *Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies*. Berlin/New York: Walter de Gruiter. S. 203-234.
- GFS-FORSCHUNGSINSTITUT (2003). *Medienbericht zum 3. SRG SSR Wahlbarometer '03*. <http://www.polittrends.ch/wahlen/wahlbarometer/wahlbar03-032003.html>. 7.7.2004.
- GESER, Hans (1994): *Die kommunalen Parteien der Schweiz als Gegenstand der soziologischen Analyse*. In Geser, Hans / Ladner, Andreas / Schaller, Roland / Ballmer-Cao, Thanh-Huyen (Hrsg.) *Die Schweizer Lokalparteien*. Seismo: Zürich.
- GESER, Hans (1997): *The Persistence of Confessional Political Cultures in Switzerland: Some Puzzling Empirical Evidence form Local Parties*. In: *Swiss Political Science Review* 3 (2), 1-29.
- GESER, Hans (2003) *Ausdünnung der politischen Mitte? Ideologische und sachpolitische Bewegungen in der Zürcher Parteienlandschaft*. Soziologisches Institut der Universität Zürich.
- GESER, Hans / LADNER, Andreas / SCHALLER, Roland / BALLMER-CAO, Thanh-Huyen (1990): Datensatz zur Umfrage 1990 bei den lokalen Gemeindepräsidenten.
- GESER, Hans / LADNER, Andreas / SCHALLER, Roland / BALLMER-CAO, Thanh-Huyen (1994): *Die Schweizer Lokalparteien*. Seismo: Zürich.
- GESER, Hans / LADNER, Andreas / MEULI, Urs / SCHALLER, Roland (2002): Datensatz zur Umfrage 2002 bei den lokalen Gemeindepräsidenten.
- GESER, Hans / LADNER, Andreas / MEULI, Urs / SCHALLER, Roland (2003): *Schweizer Lokalparteien im Wandel. Erste Ergebnisse einer Befragung der Präsidentinnen und Präsidenten der Schweizer Lokalparteien 2002/2003*. Zürich: Soziologisches Institut.
- GIDDENS, Anthony (1997): *Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie*. Frankfurt.

- INGLEHART, Ronald (1979): *Wertewandel in westlichen Gesellschaften*. In: KLAGES, Helmut / KMIĘCIAK, Peter (Hrsg.): *Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel*. Frankfurt a. M.: Campus. 279-316.
- KIRCHHEIMER, Otto (1965): *Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems*, in: PVS Nr. 6. S. 20-41.
- KRIESI, Hanspeter (1995): *Le système politique suisse*. Paris: Economica.
- KLÖTI, Ulrich (1998): *Kantonale Parteiensysteme. Bedeutung des kantonalen Kontexts für die Positionierung der Parteien*. In: Kriesi, Hanspeter – Linder, Wolf – Klöti, Ulrich (Hrsg.). *Schweizer Wahlen 1995*. Bern/Stuttgart/Wien: Haupt. 45-71.
- LADNER, Andreas (1991): *Direkte Demokratie auf kommunaler Ebene – die Beteiligung an Gemeindeversammlungen*. Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft 1991.
- LADNER, Andreas (2002): *Politische Ideen und ihre Träger* (Vorlesungsskriptum). Institut der Politikwissenschaft. Universität Bern.
- LADNER, Andreas (2003): *Kantonale Parteiensysteme im Wandel. Eine Studie mit Daten der Wahlen in den Nationalrat und in die kantonalen Parlamente 1971-2003*. Neuchâtel: BFS.
- LADNER, Andreas (2004a): *Politisches System Schweiz. Vorlesung am Institut für Öffentliche Rechte der Universität Bern. Parteiensysteme*. Kompetenzzentrum für Public Management.
- LADNER, Andreas (2004B): Seminar Politische Parteien – Lokalparteien. Folien vom 8.4.2004.
- LADNER, Andreas (2004c): *Das Schweizer Parteiensystem in Bewegung*. http://socio.ch/par/ladner/lad_02.pdf 10.7.2004.
- LADNER, Andreas / BRÄNDLE, Michael (2001): *Die Schweizer Parteien im Wandel. Von Mitgliederparteien zu professionalisierten Wählerorganisationen?* Zürich: Seismo.
- LADNER, Andreas / SCHALLER, Roland (1994): *Zur Sozialstruktur der Lokalparteien*. In: GESER, Hans/ LADNER, Andreas/ SCHALLER, Roland/ BALLMER-CAO, Thanh-Huyen (Hrsg.): *Die Schweizer Lokalparteien*. Zürich: Seismo.

- LIJPHART, Arend (1979): *Religious vs. Linguistic vs. Class Voting: The "Crucial Experiment" of Comparing Belgium, Canada, South Africa and Switzerland*. American Political Science Review 73: 442-458.
- LINDER, Wolf (1999): *Schweizerische Demokratie. Institutionen, Prozesse, Perspektiven*. Bern/Stuttgart/Wien: Haupt.
- LIPSET, Seymour Martin / ROKKAN, Stein (1967): *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction*, in: Dies. (Hrsg.): *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*. New York / London: Free Press. S. 1 – 64.
- LONGCHAMP, Claude (1994): *Unterstützung von Bundesrat und Verwaltung. Wandlungen im Verhältnis von Bürgerschaft und Regierung in der Mitte der 90er Jahre als Herausforderung an eine offene Staatstätigkeit*. Bern: GfS.
- MASTRONARDI, Philippe (2004): *Konkordanz unter Konkurrenzbedingungen*. In: Neue Zürcher Zeitung vom 17.3.2004.
- NEIDHART, Leonhard (2003): *Die Mitte muss auf den Wandel reagieren*. In: Neue Zürcher Zeitung vom 4.8.2003.
- NEUE ZÜRCHER ZEITUNG (2003): *Das Seil reisst in der Mitte*. In: Neue Zürcher Zeitung vom 7.4.2003.
- NOHLEN, Dieter (1989): *Wahlrecht und Parteiensystem. über die politischen Auswirkungen von Wahlsystemen*. Opladen: Leske Verlag.
- NOHLEN, Dieter / SCHULTZE, Rainer-Olaf (Hrsg.) (1998): *Politikwissenschaft: Theorien, Methoden, Begriffe*. München. Zürich: Piper.
- SARTROI, Giovanni (1976): *Parties and Party Systems*. Cambridge: Cambridge University Press.
- SCHALLER, Roland (1994): *Die politischen Orientierungen der Lokalparteien*. In GESER, Hans/ LADNER, Andreas/ SCHALLER, Roland/ BALLMER-CAO, Thanh-Huyen (Hrsg.): *Die Schweizer Lokalparteien*. Zürich: Seismo.107-136.
- SCHMIDT, Manfred G. (1994): *Wörterbuch zur Politik*. Stuttgart: Kröner.
- VATTER, Adrian (2002). *Kantonale Demokratien im Vergleich. Entstehungsgründe, Interaktionen und Wirkungen politischer Institutionen in den Schweizer Kantonen*. Opladen: Leske und Budrich.

WIESENDAHL, Elmar (1980): *Parteien und Demokratie : eine soziologische Analyse paradigmatischer Ansätze der Parteienforschung*. Opladen : Leske und Budrich..

§ZIMMERMANN, Patricia (2002): *Mitgliederschwund in den politischen Parteien? Soziostrukturelle Determinanten abnehmender Mitgliederzahlen in politischen Parteien*. Online-Publikation des Soziologischen Instituts der Universität Zürich.
http://socio.ch/movpar/t_pzimmermann.htm#2.3 . 29.09.2004.

ZÜND, Lorenz (1955): *Das Parlament in den Landsgemeindekantonen*. Veröffentlichungen der Handels-Hochschule St. Gallen. Reihe A ; H. 38.